

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Nüdersdorferstr. 44. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Nüdersdorferstraße 44.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementsspreis pro Quartal 80 Pf. (ohne  
Bestellgeb.) bei Auslieferung unter Kreuzband  
1,20 Mr.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Vorzeigepreis: die viergespaltene Zeitzeile 40 Pf.

Nummer 9.

Berlin, den 4. März 1906.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Trefft Vorkehrungen zur Frühlings-Agitation. Ein Jeder sei ein Agitator.

### Inhaltsverzeichnis.

Die Beitragsleistung in unserem Verbande. — Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Rundschau: Unsere Petition bezüglich besseren Bauarbeitergeschäfts. — Die Heimarbeit-Ausstellung. — Der Verbandsnachrichten. — Eine Folge des Radikalismus? — Uns unserer Bewegung. — Zeitschriften: Der sozialdemokratische Centralverband der Maurer am Bau des Tempels der Offenbarung. — Verbandsnachrichten: Berlin II. Königberg, Graudenzhausen, Deutzen, Masselwitz, Großhöfchen, Graudenzhausen. — Uns anderen Verbänden. — Verschiedenes. — Reichstags. — Zeitschriften: Heinrich Seine und die Sozialdemokratie. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Versammlungsankündigungen. — Anzeigen.

Beilage: Unfallverhütung und Alkoholgenuss. — Jahresbericht des rheinisch-westf. Industriebezirkes (Maurer). — Jahresbericht des rheinisch-westf. Industriebezirkes (Bauarbeiter). — Verbandsnachrichten: M. Gladbach, Berlin-Saggen, Dinslak, Göttingen, Niederrödel, Gütersloh, Neuenahr-Ahrweiler, Kürten, Rommerskirchen, Simplicefeld, Bonn, Neheim, Diersburg, Wiedenbrück, Düsseldorf, Rüttenscheid, Ense, Schermbeck, Dudenhofen, Olpe, Berlin, Hohenstaufen, Berlin V. Aus der Palz. M. Gladbach, Düsseldorf. — Sozialgesetzbuch.

### Die Beitragsleistung in unserem Verbande.

In der Woche vom 25. Februar bis 2. März ist der erste Beitrag pro 1906 fällig, nachdem bezüglich drei Monate geruhrt hat. Aus Anlaß dieses wollen wir über das wichtige Kapitel Beitragszahlen etwas sagen. Unter jüngerer Beitragsmobus, welcher im Durchschnitt pro Woche einen Stundenlohn festlegt, ist eingeführt auf der zweiten Generalversammlung dieses Verbandes in Essen 1903. Voransetzung demnach war, daß die Beitragszahlen unverändert geblieben. Gleichzeitig mit der Beitragszahllung erboten hatten, kamen auch schon die größeren Kämpfe und Sozialbewegungen, und wurde es allgemein als ein großer Fortschritt angesehen, jetzt doch entsprechend leistungsfähig zu sein. Und mit Recht!

Eine Vereinigung, die leistungsfähig sein soll, die vor allem für die soziale Hebung des Standes einzutreten und in den Notfällen des Lebens den Mitgliedern eine Stütze bieten will, muß auch dementsprechend Einnahmen haben. Das ist eine ganz selbstverständliche Sache. Außerdem können wir auch mit voller Genugtuung feststellen, daß wir nirgends besser das Wort: „Die Gewerkschaft ist eine Sparflasche“ bewahrheitet hat, wie gerade bei unserem Verbande. Es gibt in den Reihen der Gewerkschaften in Deutschland, zumal den „freien“ Gewerkschaften, keinen Verband, welcher in den ersten Jahren seines Bestehens für seine Mitglieder auch nur in etwa soviel getan hätte, wie unser Verband. Das beweisen unsere teils großen ausgefochtenen Kämpfe und die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben. Man sieht nur einmal das Protokoll von 1903 und 1904 an, und sieht da die stattliche Zahl von Orten, in denen wir Tarifverträge allein, wie mit anderen Verbänden zusammen errungen haben. Auch das Jahr 1905 stellt wieder einen mächtigen Fortschritt dar, der größer ist, als die Erfolge von 1903 und 1904 zusammen.

Und all diese Fortschritte und Errungenschaften, die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und alle die Vorteile, die mit dem Zustandekommen der Tarifverträge zusammenhängen, haben mit wenigen Ausnahmen teils harten Kämpfe und große finanzielle Opfer gefordert. Ein großer Teil der Kosten nahmen auch jene Kämpfe in Anspruch, die verloren gegangen sind.

Ist es da in Abetracht dieser Tatsachen zu viel geagt, wenn wir unseren Verband als eine Sparflasche bezeichnen? Hat er nicht 10- und 20fach die Beiträge, welche die Mitglieder entrichtet haben, diesen wieder zufüllen lassen? Offenbar, die erst durch den Kampf sich von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt haben und die noch keinen roten Heller für die empfangenen Unterstützungen und die Erfolge auf dem Baumarkt geleistet hatten!

Gerade der erwähnte Umstand muß ein Ansporn für die Kollegenschaft sein, die Beiträge pünktlich zu entrichten und denen das Gewissen zu schärfen, die mir meinen, die Organisation im Kampfesalle nötig zu haben. Leider gibt es heute noch vielfach solche Schmarotzer und Plottesser, die wohl die Organisation ausbeuten und ihr dann wieder den Rücken drehen. Sollte es etwas Erbarmlicheres geben, als nach Überzahl an den Größen der übrigen Arbeitskollegen, so zu handeln? Aus diesen Gründen heraus sollen wir heute einmal dieses Sammelauftum um jenen, die immer nur meinen, die Organisation wäre eine Waffe, zu zeigen, und auf derjenige Weise rechtfertigen, der die Organisation einen neuen Antrieb bringt.

Um noch einige Hinweise. Es gibt Befeststellen, die in Punkt Beitragszahlen immer das Statut nicht „vertragen“. Daß dies unverhinderbarweise darüber abgestimmt werden soll, darf die Kollegen dieses Jahrzehntes nicht tun! Wer einst ein anderer Antrag muss damit doch aufhören, um einen neuen zu stellen, der kann nicht mehr aufgehalten werden.

das Statut ganz genau, und etwas anderes gibt es nicht. Dass solche Orte auch das Statut nur nicht kennen, wenn es heißt: zählen, das haben wir schon zur Genüge erfahren, wenn der Verband zählen müßt, bei Lohnbewegungen. Ja, dann kann man gar nicht genug über die nicht auskömmliche Unterstützung jammern, dann wird angelobt, daß zählt doch eine Staffel höher, wir wollen dann auch gleich nach der Lohnbewegung unsere Beiträge erhöhen! Erfreulicherweise bildet der angeführte Fall nur noch eine Ausnahme, heute haben wir schon eine ganz beträchtliche Anzahl Orte, die einen höheren Beitrag leisten, wie das Statut vorsieht, um sich Lohnbeamte anzustellen. Hoffentlich sind auch die Ausnahmen bald in die Stumpftanne gewandert.

Ein anderer Umstand, der zu großen Missständen führt, ist die unmehrige Beitragszahlung. Wenn man öfter die einlaufenden Abrechnungen einsieht, dann fragt man sich, ist es möglich solch ein Mängel! Da restieren Mitglieder mit drei, fünf, sechs und noch mehr Beiträgen, obwohl sie an Orte sind.

Wir meinen, mit solch einem Schwindian muss denn doch energisch gebrochen werden. Ein jeder Kollege, der doch nur ernstlich nachdenkt, welche großen Schwierigkeiten dadurch der Geschäftsführung entstehen, welche Verzögerung die Abrechnung erleidet und damit die ganze Geschäftsführung erschwert wird, der muß selbst den Drang in sich spüren: ich muß meine Sache stets im reinen haben.

Gewiß, es gibt auch die Fälle, wo die Kollegen mit dem besten Willen nicht in der Lage sind, ihren Beitrag pünktlich entrichten zu können, aber die Faulen sollen folge Gründe nicht vorschreiben. Also da häufig seitens der Ortsverwaltungen eingegriffen, sofern die Regierung auf den Versammlungen aus dem Dom getreten und Haushaltseröffnung sonst, die zum Gerichtsvollzieher das Zeug haben. Damit kommen wir zum Schluß: man führe überall eine gute Haustaffierung ein, lasse den Beitrag wöchentlich einkommen und dabei das Verbandsorgan ablesern. Zu Haustaffierern selbst nehme man nur ehrige und zuverlässige Kollegen, denn es sind Vertrauens- und Ehrenämter. Allen Mitgliedern unseres Verbandes aber schwebe stets der Gedanke vor, wir müssen sorgen, daß wir eine starke soziale Organisation haben, nicht nur stark an Köpfen und Intelligenz, sondern auch an materiellen Kräften und das ist eine gute Kause.

### Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Einen gut informierenden Artikel über diese akute Frage entnehmen wir der „Gelsenkirchener Blg.“. Sie schreibt:

Die Reichsregierung hat noch für die gegenwärtige Session die Einbringung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angekündigt, jedoch soll der Entwurf den Vollvertretern erst nach Erledigung des Staats mit seinen Steuervorlagen zugehen. Wir haben wiederum die Bekanntgabe des Gesetzentwurfs gefordert, damit die öffentliche Meinung in der Lage ist, sich mit seinem Inhalt zu beschäftigen, ehe er im Reichstag zur Beratung und Beschlussfassung gelangt. Auch der Regierung dürfte doch das Urteil eines so erfahrenen Sachkenners in verwaltungstechnischen Dingen, wie Schäffle es war, nicht unbekannt sein: daß die Parlamente in der Hauptfrage dazu da seien, das zusammenzufassen und in die Form des Gesetzes zu prägen, was vorher in Gesellschaften und Vereinen, in der Presse und Literatur wissenschaftlich und kritisch untersucht worden sei.

Ein Gesetz, das die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bringt, wird man heute von zwei Gesichtspunkten aus, nämlich neben dem juristischen auch vom moralischen beurteilen müssen. Ein solches Gesetz bedeutet einen nicht zu unterschätzenden moralischen Erfolg, denn es bringt die Anerkennung der Arbeiterberufsvereine als berechtigter Korporationen der Arbeiter zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch den Staat. Die Arbeiterorganisation ist von diesem Augenblick an in den Augen des Gesetzgebers nicht mehr die bloße Kampforganisation, die gegen die bestehende Wirtschaftsordnung antritt, und die daher auch nur mit Gewalt bei Zusatz von den staatlichen Organen geduldet wird, sondern sie ist auch anerkannter Gestaltungsfaktor im wirtschaftlichen Produktionsprozess, mit dem man im Wege der Verhandlung unterschafft, als gleichberechtigte Kontrahenten bei der Verhandlung zu einer Einigung zu kommen gewillt ist. Diese hochbedeutende Tatsache darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn der Inhalt des Gesetzentwurfs vielleicht nicht allen Wünschen der Arbeiter entspricht, schon um ihrerseits nicht einen Scheitern, soweit dies irgend möglich ist, nach Kräften vorgebeugt werden.

Rach seiner juristischen Seite bezw. seinem Inhalt betrachtet, ist es natürlich, daß der Entwurf nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten für die Arbeiterorganisationen bringen wird. Von der Einsicht der Regierung muss gesagt werden, daß beide miteinander im Einklang stehen und das nicht mit der Gewährung gewisser Rechte so weitgehende Eingriffs möglichkeiten des Staates in die Bewegungsfreiheit der Organisationen verbunden sind, daß diese es vorziehen, auf die Erweiterung der Rechtsfähigkeit überhaupt zu verzichten.

Die Rechte, die durch den Erwerb der juristischen Persönlichkeit erlangt werden, befinden in der Hauptfrage in der Anerkennung der Rechtsfähigkeit vor Gericht sowie in Anerkennungen des Beamten- und der Verwaltungsbereichs. Durch

Grundbesitz. Auf die nicht rechtsgültigen Vereine finden gemäß § 54 des B. G. B. die Vorstrafen über die Gesellschaft Anwendung. Dadurch werden diese so gut wie außerstande, Grund-eigentum oder grundbuchliche Rechte zu erwerben, da alle Eintragungen in das Grundbuch auf den Namen sämtlicher Mitglieder erfolgen, mit jedem Ein- oder Austritt eines Mitgliedes eine Grundbuchverfügung vorgenommen werden muß. Für Berufsvereine mit tausenden von Mitgliedern und einem entsprechenden Zu- und Abgang von Mitgliedern sind solche Bestimmungen unführbar. Rechtliche Schwierigkeiten ergeben sich bei Geschäftshäusern, bei Rechtsgeschäften des Vereins einem Dritten gegenüber u. s. f. Endlich kann ein nicht rechtsgültiger Verein gemäß § 50 der Zivilprozeßordnung wohl verklagt werden, ist aber selbst zur Erhebung der Klage nicht berechtigt.

Diese Schwierigkeiten würden durch die Rechte, die aus dem Erwerb der juristischen Persönlichkeit entstehen, fortfallen, wenn aber stehen gewisse Verpflichtungen gegenüber. zunächst ist nach § 372 des B. G. B. heute für die Erlangung der Rechtsfähigkeit die Einreichung der Mitgliederslisten Bedingung, die ebenso wie alle übrigen eingereichten Schriftstücke gemäß § 79 für jedermann zur Einsicht offen stehen. Für Arbeitgeberverbände wäre dies eine unerfüllbare Bedingung, da sie den Maßregelungen organisationseinfließender Arbeitgeber Tür und Tor öffnen würde. Hiergegen müßten im Gesetz Maßnahmen geschaffen werden.

Weit bedenklicher aber noch erscheint die im Entwurf wahrscheinlich in irgendeiner Form vorgefahrene Haftbarmachung des Gewerkschaftsvermögens bei Arbeitskämpfen. Auch in England, wo die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bereits durch die Trade Unions Act des Jahres 1871 geregelt wurde, ist bekanntlich in dem viel genannten Taff Vale-Streik durch das Urteil des obersten englischen Gerichtshofes die Haftbarkeit des Vereinsvermögens ausgesprochen worden, ein Urteil, das in englischem Gewerkschaftskreis einen Sturm erweckte, und schließlich die Geheimhaltung in Bewegung setzte und einen Gesetzentwurf zeitigte, der jedoch, lange vor dem tatsächlich erlassene, der allerdings bisher erst in zweiter Fassung vorgenommen worden, in eine ähnliche Bestimmung in dem deutschen Gesetzentwurf, g. W. die Haftbarmachung des Gewerkschaftsvermögens bei Tarifstreiken würde das Gesetz unannehmbar machen. Nicht daß an und für sich der Gedanke, den Tarifverträgen eine größere rechtliche Sicherheit zu geben, unsympathisch wäre, aber es fehlt heute in Deutschland an den erforderlichen Institutionen, die hier Urteile fällen könnten. Unsere ordentlichen Gerichtshöfe besitzen, wie zahllose Urteile in sozialpolitischen Fragen beweisen, nicht das genügende soziale Verständnis, um hier Urteile zu fällen, die dem allgemeinen sozialen Empfinden entsprechen würden. Die Möglichkeit einer solchen Bestimmung könnte nur in Betracht gezogen werden, wenn zuvor in Arbeitskämpfen Institutionen geschaffen würden, die mit genügendem Vollmachten ausgerüstet würden, um als Einigungsinstanz und Schiedsgerichte in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu dienen und wenn ganz Selbstverständlichkeit gegenüber der Haftbarmachung der Arbeiter auf der einen Seite, eine ebensolche für die Arbeitgeber auf der andern geschaffen würde.

Solange diese Sicherheiten nicht bestehen, wird sich jeder Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine darauf beschränken müssen, die läufigen, mehr formalen Einschränkungen, die der Bewegungsfreiheit der Organisationen entgegenstehen, aufzuheben, im übrigen sich aber staatlicher Eingriffsrechte in die Organisationen zu begeben. Je maßvoller sich die Regierung in dieser Beziehung zeigen wird, desto mehr wird sie auf die Zustimmung zu ihrem Entwurf zählen können.

### Rundschau.

Unsere Petition bezüglich besseren Bauarbeitergeschäfts ist wie der strittiglich soziale Abg. Dr. Burchardt im „Reich“ mitteilte, dem Reichskanzler zur Erwiderung überwiesen. Ebenso die Petition der „freien“ Verbände. Über den Antrag des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe, der sich gegen unsere Forderungen richtet, ist die Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Es scheint dem betreffenden Abgeordneten, der Kommissionsreferent war, ein Irrtum bezüglich unserer Forderung: „Unterstellung der Kontrolle unter die Gewerbeimpfung“ unterlaufen zu sein. Er hat nämlich gesagt, daß dieses unmöglich sei, wegen der schon heute so starken Belastung derselben. Auch wird sind der Ansicht, unser Antrag ist aber auch so zu verstehen, daß die Arbeitgeber kontrollierte der Inspektion unterstünden, als ein Teil derselben, nicht, wie der Abg. Dr. Burchardt anscheinend verstanden hat, die Kontrolle selbst.

Die Heimarbeit-Ausstellung scheint doch diesmal praktische Erfolge zu zeittigen. Die Regierung ist eifrig am arbeiten nach einer gesetzlichen Reformierung derselben. Graf Posadowitsch hat mit seinen Plänen ebenfalls, nachdem schon die Kaiserin dort war, die Ausstellung befürchtet. Zur richtigen Zeit hat der Hauptvorstand des Gewerbevereins der dtschl. Heimarbeiterinnen folgende Resolution veröffentlicht:

„Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands begrüßt freudig die Ausführungen des Staatssekretärs des Innern, Grafen v. Posadowitsch, in der Reichstagsitzung am 3. Februar d. J., aus denen hervorgeht, daß endlich die längst erwartete Krankenversicherung der Hausgemüterbetreibenden durch Bundesratsbeschließung Wahlrecht werden dürfte. Er hofft sehr, daß die angestrebte Vereinheitlichung der Versicherungsgelehrteung auch die

gesamte Heimarbeiterschaft umfassen wird. Der Gewerbeverein erhofft ferner als unerlässlichen ersten Schritt auf dem Wege zur Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit die Einführung der behördlichen Lohnkontrolle aller Haushaltssindustriell Beschäftigten. Der Gewerbeverein ist überzeugt, daß durch diese Maßregeln bereits eine große Summe von Glanz und ein erheblicher Teil der sogenannten Schmuggelkonkurrenz aus der Welt geschafft werden wird. Eine durchgreifende Sanierung der in der Heimarbeit entstandenen Regellosigkeit in der Entlohnung mit ihren kollektivwirtschaftlich so ungünstigen Begleiterscheinungen erwartet der Gewerbeverein jedoch nur von den obligatorischen Mindesttarifverträgen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren sind.

Es ist somit der Regierung von kompetenter Seite, für ihre Vorbereitungen wenigstens eine Initiative gegeben, die hoffentlich auch praktiziert wird.

Die Bergarbeiterverbände hielten am 11. und 12. Februar in Essen eine Allgemeine Konferenz ab, in welcher sie Stellung zu dem Knappshafts-Entwurf nahmen, wie die Lohnfrage, und die reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterchutzes besprachen. Zu dem Knappshafts-Entwurf wurde ein Aenderungsentwurf mit 24 Punkten angenommen. Die Resolution betreffs eines Reichsberggesetzes wurde ebenfalls der Regierung überwiesen. Die Regelung der Lohnfrage wurde den Verbänden, als Vertreter derselben, den Arbeitsausschüssen übertragen. Gegen den letzten Punkt stimmten die "freien" Verbänder, weil sie sich nämlich an den Arbeitsausschuswahlern nicht beteiligt, und so nichts darin zu sagen haben.

Eine Folge des Radikalismusses? Die Einführung der Streik- und Sperrenklausel für alle Bau- und Lieferungsverträge sowohl bei Staatsbauten als auch bei Privataufträgen soll, wie der „Hannover Courier“ berichtet, von dem gesamten hamburgischen Baugewerbe vom 15. Februar d. Jahres ab erfolgen. Bei Nichtgewährung der Klausel soll die Übernahme von Verträgen unter allen Umständen abgelehnt werden. Die Betriebsinhaber der Nachbarstädte Altona, Wandsbek und Harburg wollen sich diesem Vorgehen anschließen. Von der Einführung der Streik- und Sperrenklausel sind der Hamburger Senat und die übrigen staatlichen Verwaltungsbüroden, die Reichspost, Telegraphen, Fernsprech- und preußischen Eisenbahnen und Militärbüroden, die Straßenbahngesellschaften, die verschiedenen Arbeitgeber und die wirtschaftlichen Schubverbände von Hamburg und Umgegend verständigt worden.

## Aus unserer Bewegung.

Zugang ist fernzuhalten von Mauern von Beraterode (St. Borbis), Kaliwerke. Ferner von Pyrmont i. Waldeckischen. Streit der Maurer und Bauhofsarbeiter. Ebenfalls ist Zugang von Stukkateuren fernzuhalten von Hamm i. W., von Stuckhauern und Steinbrechern von Pirmasens und von der Firma Stepen und Berres in Breinig b. Aachen. Gesperrt ist in Bonn das Stückgeschäft Erdmann wegen Tarifbruch und die Firma Wilczewski in Wronke, weil sie den tarifmäßigen Lohn nicht zahlt. Die Sperrre in Kasserslautern bei der Firma Neurohr ist aufgehoben, nachdem selbe den Tarif anerkannt hat.

Klagen, 26. Februar. Die heutige Lohnbewegung hat am Freitag, den 23. d. Ms., durch Abschluß eines Tarifvertrages ihr Ende erreicht. Bei der ersten Verhandlung mit den Unternehmern zeigten sich dieselben als unbedeutendste Herren im Hause. Sie glaubten ihre sozialmäerkischen Gefüste zu befriedigen, indem sie die Lohnkommission maßregelten und den offenen Kampf gegen die Organisation erklärten. Durch dieses wurden verschiedene Kollegen eingeschüchtert, besonders die älteren, die an ihrer Schule gebunden sind, so daß nicht erreicht wurde, was hätte erreicht werden können. Auch haben verschiedene "Achtzolligen" den Unternehmern Zusatzdienste geleistet, so daß es einigermaßen schwer war, die ganze Angelegenheit wieder in ruhige Bahnen zu leiten und den provozierten Kampf der Unternehmer die Spitze zu brechen. In dem Vertrag wurde die Organisation anerkannt, der Sozialrat bestätigt und für Maurer 35 Pf. (im vergangenen Jahr 30 Pf.) und Bauhofsarbeiter 25–30 Pf. Stundenlohn festgelegt. — Kollegen von Lüdinghausen und Umgebung, jetzt gilt es auch innerlich zu stärken, die Kampftätigkeit höher zu setzen, um diesen Lohn nicht nur zu erhalten, sondern auch bei einer günstigeren gelegenen Situation so zu erhöhen, wie es nötig ist. Die Freude der Organisation hat ist, obwohl noch junge Gewerkschafter, bereits jetzt schon vertreten und nur an eins ist es gelegen, das Begonnene auszuhauen; deshalb immer vorwärts.

## Der sozialdemokratische Zentralverband der Männer am Ausbau des Tempels der Wissenschaft.

### XII.

#### Der Genosse Frohne als – Naturforscher.

Genosse Frohne hat das Bedürfnis gehabt, seinen Mitgenossen naturwissenschaftliche Kenntnisse zu übermitteln. Da er selbst keine naturwissenschaftlichen Studien gemacht hat, in all' diesen Dingen überhaupt nicht zu tun ist, so wäre es das Beste für ihn gewesen, sich an das 12. Schot zu halten: Schreibe nie über Dinge, die du nicht verstehst! Nachdem er nun doch einmal auch auf diesem Gebiete als Rechte austauschen wollte, zumal wenn er seinen Sohnen die Ergebnisse der Wissenschaft mitteilen wollte, so mußte er zu alternativen sich zu genau orientieren in der einschlägigen naturwissenschaftlichen Fachliteratur, das er wußte, welche Ergebnisse die Wissenschaft aufzuweisen hat, als gefälschte Ergebnisse, seinerseits Gewagtes aufzuweisen er als überzeugendes Substrat folgen konnte. Das mußte natürlich nur aneckende Anteile haben! Darüber magst du mir hier kein Lob ausspielen, sofern er nur nicht den Raum der Leidenschaft und Faulheit zugießen wollte. Eine solche Orientierung über den gegenwärtigen Stand der Naturwissenschaften ist keine kleine Arbeit und Genosse Frohne hat sich dieser – gebrüllt sehr zu seinem Kosten! Denn eben dadurch ist er das Opfer seines Prunkstaplers geworden.

Er hat nur einen Gewissensman für all' die verschiedensten Seiten der Naturwissenschaft. Dagegen ist an sich nichts einzumenden, wenn man nur darüber weiß, daß er weniger als Anwalt in der entsprechenden Fachliteratur auftritt. Nur mit einer einzigen Ausnahme, daß er sich mit dem sozialen Problem beschäftigt, und zwar als Gewissensmann anderthalb Jahre her. Seine Gedanken über diese soziale Unzufriedenheit der naturwissenschaftlichen Gelehrten der letzten 30–40 Jahre. Nur in diesem Bereich hat er sich mit dem sozialen Problem beschäftigt, und zwar mit dem sozialen Problem nicht des allgemeinen Menschen, sondern mit dem sozialen Problem des einzelnen Menschen.

#### Bauarbeiter.

Wochtg. Da unsere Verwaltungsstelle seit dem 11. Dezember 1904 also über ein Jahr besteht und dieselbe richtig ausgebaut ist, sind auch wir einmal in der Lage, eine Lohnbewegung zu unternehmen. Da die Arbeitsverhältnisse am besten sind, sowie den übrigen Verleben, sowie sie in unserer Organisation in Frage kommen, wie Lohn, Arbeitszeit und was sonst auf den Betrieben den Arbeiterschutzgelehrten entspricht, noch sehr mangelfhaft sind, so sind wir im Falle dieses Winters dazu übergegangen, im Beleibung unseres Verwaltungstellers Kollegen Lange aus Köln einen Tarifentwurf auszuarbeiten. Dieser Tarifentwurf wurde nun den Arbeitgebern gezeigt, welcher mit dem 1. März in Kraft tritt. Die Arbeitgeber sind nun dazu übergegangen, bei einer Zusammenkunft am 15. Januar die Gründung eines Arbeitgeberverbandes in der Weise zu leiten, um der drohenden Territorialisierung durch organisierte Arbeitgeberverbände entgegenzutreten! Zur Erledigung der vorbereitenden Geschäfte wurden folgende Herren gewählt: Daniel zur Wühlen, Wilh. Gerlach, Adam Lehnen, Steiner Ahrens, Wilh. Meyer und J. W. Hennicke, alle Stellvertreter. Diese Kommission hatte nun vor einer Versammlung bereits vorgeschlagen, folgende Bestimmungen zum Beschluss zu erheben: 1. Die sämtlichen Mitglieder des zu gründenden Verbandes vereinbarten sich, keinerlei Unterhandlungen mit Vertretern organisierter Arbeiter zu führen, unter Vermeidung einer noch fortzuführenden Konventionalstrafe. 2. Bis auf weiteres sollen in keinem der bestellten Betriebe Arbeiter ohne Abschriften eingestellt werden. Gleich aus diesem vorher, daß er zuletzt bei einem der Mitglieder des zu gründenden Verbandes beschäftigt war, so darf er nur dann angenommen werden, wenn er außer der Abschrift das schriftliche Einverständnis des letzten Arbeitgebers bringt. Also unser heiligstes Naturrecht, das Koalitionsrecht, will man uns unmöglich machen, unsere Organisation will man vernichten! Man will nur mit dem einzelnen Arbeiter zu tun haben, weil der Einzelne machtlos, weil man ihn willkürlich ausspielen will. Man weiß, daß die Arbeiter als geschlossenes Ganze, als Organisation eine Macht bilden, die wohl in stande ist, ihren Herren — im Hause Standpunkt zu brechen. Deshalb will man nicht mit unseren Vertretern verhandeln, deshalb uns nur gütig gestalten, unsere Arbeit zu wechseln, wenn wir die christliche Erklarung der Herren dazu haben! Zwischen hat nun eine Firma, die Firma Stepen und Berres hier nach diesem Rezept verfahren und ihre sämtlichen Arbeiter erlassen, wobei fünf Kollegen Steinhausen in Betracht kommen, weil sie einen Tarif eingereicht hatten; jedoch hat dieselbe Firma ihre nichtorganisierten Arbeiter wieder eingestellt. Auch hat dieselbe Firma es verstanden, ausländische Arbeiter, nämlich Belgier heranzuziehen, welche jedoch wieder nach 14 Tagen abdampften. Welche Antwort können wir auf diesen brutalen Gewaltakt geben? Nur die eine ist die richtige, sie lautet, hinein in die Organisation, hinein in die christlichen Gewerkschaften.

#### Hoch die Solidarität!

#### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Nach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagvormittag für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Nachbericht.

Berlin II. 24. Februar. Trotzdem ein größerer Teil unserer Mitglieder noch in der Heimat weilt und die Arbeit in unserem Verein noch wenig regt ist, war unsere Versammlung am 21. Februar sehr gut besucht. In derselben wurde der Haussbericht gegeben, welcher ebenfalls den Fortschritt der christlichen Organisation unter den Nachberatern bestand. Es wurden vereinbart im Jahre 1905 3024,75 Mt. und verausgabt 2699,70 Mt. Hierzu an die Centralfeste geliefert 2188,84 Mt. Das Vermögen der Volksstiftung beträgt auf 2000 und in angelegten Geldern 774,38 Mt. Die Revisoren erklärten Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben und beantragten Entlastung des Kassierers, was einstimmig geschah. Auch der paritätische Arbeitsnachschlag hat sich gütig gestaltet. Trotzdem der freie Verband ausgeschlossen ist und die "Sperrre" über den Nachweis verhängt hat, wurde derselbe im vorjährigen Jahre von 672 Nachberatern benutzt. 451 offene Stellen wurden gemeldet und 436 besetzt. Da der bisherige Kassierer Ed. Höring sein Amt niedergelegt hatte, mußte auch ein neuer Kassierer gewählt werden. Nachdem der Vorrigende den bisherigen Kassierer im Namen der Mitglieder für die langjährige Arbeit dankt, schritt man zur Wahl eines neuen Kassierers. Einstimming wurde Kollege Thomas Thunert, NO, Langenbeckstraße 5 gewählt. Auch die Haussklassierung mußte neu geregelt werden. Da dieselbe in Berlin unabdingbar notwendig, aber auch ebenso schwierig ist, wurde beschlossen, den Haussklassierern statt bisher 5% jetzt 9% zu geben. Da die Hausskasse aber nicht in stande ist, allein Ansprüchen von den 15% der Einnahme zu genügen, beschloß man alle Monat einmal eine Votationsmarke von 10 Pf. zu lieben. Als Haussklassierer wurden gewählt: für den Osten Bernh. Dölle, Langef. 8 Seitenst.; L. Müller, Kästnerplatz 8 v. III b. Wagner, Paul Ritsch, Frankfurter Allee 113 v. IV b. Wiedner, Paul Müller, Oppenheimer 22 v. IV; für den Süden: Aug. Ernst, Friedenstr. 23 Seitenst. III; für den Westen: Karl Ludwig, Mainzer

Strasse 8 Hof II; für Schöneberg: Luk. Steinrich, Gustav-Müller-Strasse 10, für Wilmersdorf: Ed. Krause, Steinmeyerstr. 97 Hof II. Außerdem für die Werkstätten: Hansmann, Hof. Althaus und für K. Karl Waal. Diefelben nehmen zugleich Namensabdrücke entgegen der Vereinsfahrt; Unter Verhandlung und die Christliche bringt die sozialdemokratische Dachbedeckung einen längeren Artikel, worin unser Bericht in der "Baugewerkschaft" vom 14. Januar als unrichtig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemokratie für sich aufgestellt hat: "Die Pflicht der Wohlthat existiert nur den Genossen gegenüber, den Gegner gegenüber hat man sie nie erkannt." Nach sozialdemokratischen Grundsätzen ist dies eindeutig dargestellt wird. Wir wollen auf die Einzelheit nicht eingehen. Es genügt an den Grundzügen zu erinnern, welche Sozialdemok

Kollegen, welche noch nicht im Besitz eines Arbeitsvertrages sind, sollen sich einen solchen vom Vorstande abholen.

**Stecklinghausen:** Am Sonntag den 25. Februar hielt unsere Zahlstelle, welcher bis dahin 90 Mitglieder angehörten, ihre regelmäßige Versammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Feststellung des Vertrags für dieses Jahr. Die Kollegen Büttner und Vogel erklärten den Kollegen, daß in einem guten Kassenverhältnis die ganze Echtheit einer Organisation hängt und die Unternehmer gerade starken Drägen der Arbeitersorganisationen am meisten schaden, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß die Unternehmer den Kampf mit jenen Organisationen nicht so leicht zu schneiden, die gute Massenverhältnisse haben (Buchdruckerverband). Das Solidaritätsgefühl verpflichtet uns aber auch, daß es der Organisation möglich sei, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse überall zu verbessern, denn wir haben noch zu verzweigen, daß noch teilweise Bauarbeiter mit 1—1,50 M. entlohnt werden. Dessen Kollegen kann der nur gehoben werden, wenn wir der Centralleitung die Mittel zur Verfügung stellen.

Es wurde sobann mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, daß 1. März ein Beitrag von 50 Pf. entrichtet werden soll. Der Schluß zeigt, daß die Bauarbeiter die Notwendigkeit einer starken und stützenden Organisation begriffen haben und kann deshalb einem alle der Maurer, die sich noch dagegen strubben, einen Beitrag von 5 Pf. zu entrichten als Muster dienen.

#### Maurer.

**Deutsch-Nasselswitz,** 20. Februar. Durch die eifige Bemühung des Vorstandes der ältesten Zahlstelle Schlesien ist es wiederum gelungen, eine Zahlstelle zu gründen. Am Sonnabend, den 17. Februar fand in Leisnitz, Kreis Leobschütz, eine öffentliche Versammlung im Hause des Herrn Behr statt. Kollege Erhard war in derselben erschienen. Nach einem lebhaften Vortrag ließen sich 2 Männer aufnehmen. Mit ihnen am Orte steht 18 Mitglieder und offen eine der schönsten Zahlstellen zu werden. Einige junge Freunde, welche daß verlogene Flugschrift von Genosse Baude sich ergeben genommen, halten nicht den Mut, sich zum Wort zu wenden, sie brachten aber Ihre sozialdemokratische Bildung zum Ausdruck, indem sie während der Pause sich rühmlich betragen. Offenbar werden sich die Belsenitzer Kollegen diese Helden erfreuen und durch eifige Agitation den sozialdemokratischen Maurerstand das Fahwasser in Leisnitz abschneiden. Kollegen, schließen sich Mann für Mann dem Central-Verbande christlicher Bauhandwerker an, welcher sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, die gesetzliche wirtschaftliche Lage des Bauarbeiterstandes zu heben. Nur durch einen festen Zusammenschluß im christlichen Verband wird es möglich sein, Curie jetzt in niedrigen Löhne 1,80—2,80 M. in Leisnitz und Umgegend zu bessern. In den Vorstand von Deutsch-Nasselswitz sind folgende Kollegen gewählt: 1. Vorstehender Th. Stöckl, Vorstehender F. Fuchs, 1. Kassierer F. Schwengel, 2. Kassierer Robert Wehr, als Schriftführer Paul Reuß, Beisitzer Alois Säge und Jos. Müller, als Hausschaffner Alois Fuchs. Sämtliche Kollegen vertraten ihr Amt voll und ganz zu erfüllen.

**Großhohenebrunn,** 4. Februar. Mit welchen blöden Mitteln die Genossen die christlichen Gewerkschaften tomachen wollen, zeigte es die am 4. Februar hier tagende öffentliche Bauarbeiterversammlung zur Gedenktag. Kollege Sommer-Münsterberg referierte über den Bauarbeiterstand. Eingehend auf die Petition unseres Centralverbandes an den Reichstag erglänzte derselbe, daß in Zeug auf Bauarbeiterstand, namentlich in Bayern, noch große Entfernung geschaffen werden muß, daß er ist und der beste Beweis, daß nach der neuen Reichsunfallstatistik Bayern darin an der Spitze marschiert. Wenn nun trotz der Unfallverhütungsvorschriften und ortspolizeilichen Vorschriften keine Verbesserung zu erwarten ist, muß im letzten Falle zur Selbsthilfe gegriffen werden, darum ist Punkt eines jeden Kollegen, der Organisation beizutreten, denn diese ist am besten imstande, darin Remedium zu schaffen. Keicher soll wurde dem Referenten gestellt. In der Diskussion meldete von den sehr zahlreich vertretenen Genossen dessen Vorstehender ebenfalls als erster zum Wort. Er stellte den immer so verhafteten Christlichen das beste Beugnis aus und erklärte, daß es sehr notwendig ist, daß wir christliche Gewerkschaften haben. Wenn das nicht gehörte hätte. D. V. Kollege Sommer zeigte nun in sachlicher Weise die Ausführungen des Vorredners und gab nun den ersten erwähnten Vorfall bekannt, welchen man ganz gut mit sozialdemokratischem Schwundel und Betrug bestimmen kann. Am Sonnabend, den 1. Februar abends kam ein Maurer zu ihm, stellte sich mit Namen Hartmann aus Feuchtwangen vor und erklärte, er von seinem Kollegen Weier zu ihm gekommen und sie wollten in Feuchtwangen eine Zahlstelle für unsern Verband gründen. Er gie, ob er nicht am 4. Februar nach Feuchtwangen kommen könne, hätte schon 25 Kollegen, welche sich sofort aufnehmen lassen. Als im Kollege Sommer erklärte, daß er am 4. schon drei Versammlungen in Dinkelsbühl, Fürth und Großhohenebrunn habe, so stellte er, er möchte ihm Flugblätter und Statuten geben und am 4. Februar bestimmt kommen. Beides wurde ihm verabreicht. Als im heutigen Kollege Sommer den Genossen Epplein erklärte, er könne sofort in ihm den Hartmann von Feuchtwangen, welcher dann in dem Burreckfest sofort öffentlich erklärte, daß er es gewesen sei, welcher den ganzen Schwundel hervorbrachte. Nun aber machen andere Genossen doch recht lange Gesichter ob der "Selbstentlastung" ihres Vorstandes. Diese Nachfrage sollte den Grund haben, zu erfahren, wo überall am Sonntag die christlichen Versammlungen abgehalten würden, man wollte dann den Gauvorstand besuchen. Kommen lassen und dann alles daran setzen (wie einige ehrliche Genossen selbst sagten), um unsern Kollegen Sommer zum Sprechen kommen zu lassen. Nun Kollegen, jetzt soll ich einen sagen, daß unsere Gegner nicht mit ganz "ehrlichen" Mitteln kämpfen. Wollen wir aber auch ihnen unsere Antwort geben, welche lautet: Die freie Zahlstelle Großhohenebrunn-Erlmühle ist stolz sein, einen solchen Vorstand zu besitzen. Darum legen wir ein in die Agitation, denn unsere Freunde sind die besten Mittel dazu.

**Brandenburg,** 13. Februar. Die Dank den Bemühungen des Kollegen Ulrich hier gegründete Zahlstelle hielt gestern ihre erste

Versammlung ab. Derselbe ist die Zahl der Mitglieder für den heutigen Ort viel zu klein, sie beträgt nur 12 Kollegen. Kollege Ulrich eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er die Kollegen ermahnte, mit aller Energie für die Interessen der Zahlstelle einzutreten. Die ebenfalls von kurzem gegründete Zahlstelle Gr. Komornost war durch Kollegen Gläsel vertreten, der am Schlusse seiner Aussprache den Antrag einbrachte, die Zahlstelle Gr. Komornost mit der Zahlstelle Brandenburg zu vereinigen. Nachdem diesem Antrag stattgegeben war, wurde zur gemeinsamen Verhandlung geschritten und aus gleich einer Volkskommission gebildet. Darauf saß die Vorstandswahl statt. Es wurden die Kollegen Robert Ulrich als Vorstehender, Valerian v. Brandlowksi als Kassierer und Ernst Untau zum Schriftführer einstimmig gewählt.

**Großbretzen.** Am 14. Februar hielt wir die diesjährige General-Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnete der Vorstehende Bister mit dem üblichen Grunde die Versammlung. Nachdem er die Tagesordnung Kundgegeben, erklärte er, daß er sein Amt nicht mehr verwalten könne, weil er vertrieben wolle. Unsere Zahlstelle wurde am 2. April 1905 gegründet und freut sich jetzt ihrer höchsten Blüte, indem fast sämtliche Kollegen unserer Organisation angehören. Unsere Zahlstelle zählt zur Zeit noch 86 Mitglieder und wird im Laufe dieses Sommers wohl 100 weit überbreiten, was auch in diesem Sommer wiederholt eine sehr rege sein wird. Letzteres wird auch für die Bantäglichkeit sehr zum Vorteil sein, weil auch die Einsiedlerer Kollegen Wohnförderungen eingerichtet haben. Da die Unternehmer die Organisation noch nicht so anerkennen wollen, werden sie doch mit derselben rechnen müssen. Der Kassenbestand ist folgender: Einnahme für die Hauptkasse 550,20 M., Ausgabe für die Hauptkasse 92,35 M., Einnahme für die Ortskasse 90,20 M., Ausgabe für die Ortskasse 64,35 M., Bestand für die Ortskasse 25,35 M. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten, welche endgültiges Resultat ergab: Erster Vorstehender Julius Bäumer, Frauenstr. 110 L, zweiter, Franz Biehues, Kassierer Arnold Hünker, Mühlstraße, Schriftführer Hermann Höting. Sämtliche Gewählten nahmen ihr Amt an mit dem Verpflichten, wieder kräftig für unsere Sache zu arbeiten. Zum Schlusse richtete der neu gewählte Vorstehende Bäumer einen warmen Appell an alle Kollegen, treu und fest zum Verband zu halten und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann in unseren Reihen steht, denn nur, wenn wir seit zusammenhalten, nur wenn wir treu unsre Pflichten erfüllen, wird ein jeder unserer Gegner sagen: Nur die Christliche Organisation ist es, die auf seiten Grund gebaut ist, mit der wollen wir verhandeln. Nur die Organisation, die sich schmitzt mit Gott und unter Gott, der wollen wir folgen. Im vergangenen Jahre wurden 18 Mitglieder-Versammlungen abgehalten, welche teilweise gut besucht waren, ferner 3 öffentliche Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen.

## Aus andern Verbänden.

**Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer als Musterknaben!** Sie sammeln sich immer mehr, die "Genossen" mit der kautschischen "Moral"! In den baugewerblichen "freien" Verbänden haben wir ja da eine ganze Anzahl. Hüttmann — Muth — Baude, die letzteren beiden haben uns verklagt, — auf Muths Klage warten wir noch! — Genossen Baude werden wir nächstens zeichnen — das sind so ehrliche Leute wie Hué, den der "Vorwärtsstreikbrecher" Düwell einmal "nicht gezeichnet" hat.

Hierzu kommt jetzt aus dem "freien" Metallarbeiterverbande der Gauleiter "Genosse" Gandler. Der "Deutsche Metallarbeiter", Organ des christl. Verbandes, schreibt über diesen Musterknaben in seiner Nr. 9:

"Solingen. Es ist unseren Kollegen im Reiche längst bekannt, welch schmähliche Rolle die Vertreter des (sozialdemokratischen) Metallarbeiter-Verbandes in Velbert, Solingen im Verlaufe des letzten Sommers gespielt haben. Nicht allein organisierten sie den Streikbruch, sondern sorgten auch bei der Abschaffung, wo ihre eigenen Kollegen beteiligt waren, für Abschaffung von Gütern, wie es jetzt offiziell von Unternehmern bestätigt wird."

In der "Solinger Zeitung" vom 3. Februar dieses Jahres steht folgendes:

#### Erläuterung.

Folgendes Schreiben wurde uns von der Firma Rippes und Schmidt übergeben:

Wir bestätigen hiermit den Herren Emil Witte, Willy Langenberg und Karl Eichhorn, daß der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Max Senderl, in Gesellschaft des Herrn Hugo Schaal aus Solingen bei der unterzeichneten Firma im Monat Juni 1905 vorstellig geworden ist, zwecks Unterbringung von Guß-Ordern für Besitzer Firmen, welche zur Zeit des Vormerkstreits in Velbert und Heiligenhaus nicht ausgesperrt hatten. Wir bestätigen ferner, daß ersterer (Herr Senderl) versuchte, die Werkstoffpreise zu drücken; nachdem dieses scheiterte, fügte er, wie viel Provision fällt dann für uns ab.

Weber (Rhld.), den 2. Februar 1906.

#### Rippes u. Schmidt.

Wir bemerken ausdrücklich, daß Herr Schaal völlig unbesieglich ist, erwartet aber von Herrn Senderl, daß er nun mehr gegen obige Firma oder aber gegen die Unterzeichneten gerichtlich vorgehen wird.

Emil Witte, Karl Eichhorn, Willy Langenberg.

Die Genannten sind Meisterlehrer.

Als Wahlspruch des sozialdemokratischen Partei-Gardekorps "Die Ruppigen", unter dem Generalissimus Stadthagen und der Regimentsmutter Rosa, bietet uns Heine den Vers:

Don Rinaldo Rinaldini,  
Schinderhanni, Olandini  
Und besonders Carlo Moor  
Nehm ich mir als Muster vor.

Das Gedicht "Der Kaiser von China" zeichnet in scharfen Strichen das sozialdemokratische Zukunftsreich mit seinem Freiheitstraum, der in den Fällen der Sechs vom Vorwärts, Schippe, Cramer usw. usw. bereits wahrnehmbare Wirklichkeit wurde. Da

rufen die ehrlichen Manischu:

Wir wollen keine Konstitution!

Wir wollen den Stoc, den Manischu!

Wie sehr Heine ein Freund des Volkes, des Proletariers war, das zeigt seine frivole blasphemische anfeindende Schilderung seines Agitator W. Weißling in Hamburg. Da heißt es:

Der liebe Gott lacht wohl häraldig über die saure Miere, die ich geschnitten habe, als wir im Buchladen meines Freindes Campe zu Hamburg der berühmte Schneidergesell entgegen trat und sich als einen Kollegen enttäusigte, der sich zu demselben revolutionären und arbeitenden Proletariat bekannte. So hatte mirlich in diesem Menschen gemeint, daß der gute Gott gar nicht existiert haben möchte, damit er nur nicht die Verlegerin gegen die Begegnung leide, werin mög eine solche laudere Ge-

Nach den Vorgängen des letzten Jahres ist man von führenden des freien Metallarbeiterverbandes vielfach gewohnt. Aber solche Vorlummisse, wie oben geschildert, sollte man geradezu für unmöglich halten. Trotzdem wagen die freien Führer, anderen Arbeiterverein, Streikbruch und alles mögliche vorzuwerfen. Sicher muss die Korruption im freien Lager schon gewaltige Fortschritte gemacht haben, wenn solche Dinge vor den Führern verklärt werden können. Pfui über solche Magistrate!

## Beschiedenes.

**Sozialdemokratische Moral.** Als im Oktoberheft 1903 der "Neuen Zeit" der "Genosse" Kautsch den folgenden Satz aufstellte:

Einer der wichtigsten Grundsätze . . . ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit gegenüber dem Genossen, dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt," da erhob sich selbst in Genossenkreisen eine Bewegung, welche hiergegen entschieden protestierte.

So wurde in einer Hamburger Partei-Versammlung folgender Antrag gestellt:

"Um 1. eine nie wieder gut zu machenende Schädigung des Ansehens unserer Partei, die für Recht und Wahrheit streitet, zu verhüten, und weil die Feinde unserer gerechten Sache mit vollem Recht uns diejenigen ungeheuerlichen Sachen aus unserem leidenden wissenschaftlichen Parteiorgan ins Gesicht schlagen könnten, und um 2. einen argen Zweifel an der Moralität unserer Grundsätze in den Reihen der eigenen Parteidienstler ein für allemal vorzubeugen, wird der Parteidienst als der berühmte Hüter unserer Prinzipien ersucht, so schnell wie möglich im „Vorwärts“ eine Erklärung abzugeben, daß diese Parteidienst, „Wahrhaftigkeit ist nur Pflicht dem Genossen, nicht auch dem Feinde gegenüber“, niemals als Grundsatz der Sozialdemokratie angesehen werden kann."

Die tollen ehrlichen Seemänner von Hamburg hatten sich jedoch in ihrem Parteidienst geirrt. Für solche sentimentalitäten hat man in Berlin nichts übrig, da „scheint man gleich aus Hanse“. Der Antrag der Hamburger wurde abgelehnt. Also Genosse Kautsch hatte die rote Moral richtig gezeichnet!

Heute wiederum Kautsch diesen „ungeheuerlichen Satz“ in einem eben erschienenen Buche „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“ (S. 106—107). Es heißt da u. a.

„Die sozialen Tugenden, Hilfsbereitschaft, Opfermut, Wahrheitsliebe usw., gelten nur den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation.“

Man hat es mir einmal verklärt, als ich diese Tatsache in der „Neuen Zeit“ konstatierte, und meine Feststellung so gedeutet, als hätte ich da ein besonderes sozialdemokratisches Moralsprinzip feststellen wollen, im Gegensatz zu den Grundsätzen des ewigen Sittengesetzes, das da unbedingte Wahrhaftigkeit gegen jedermann erfordert. In Wirklichkeit habe ich nur ausgesprochen, was seit der Menschwerbung unserer Vorfahren stets als Sittengebot in der menschlichen Brust gelebt, daß dem Feinde gegenüber die sozialen Tugenden nicht geboten sind.“

Und solch eine widernatürliche Gesellschaft redet von einer internationellen Brüderlichkeit des Menschenvergleichs!

## Gerichtliches.

**Dortmund,** 19. Februar. Nach längere von der Auspeilung. Freigeladen wurde auf Antrag des Staatsanwalts der wegen Körperverletzung angeklagte Kollege K. N. Trotzdem der Angeklagte, ein Polter, welcher Arbeitswillige nach hier gezogen hatte, unter Eid behauptete, daß obiger Kollege der Täter sei, und auch ein Schutzmännlein möglichst tat, um denselben zu belasten, konnte der betreffende das Gegenteil beweisen. Man sieht hieraus, daß manche Polizeibeamte und auch die Herren Arbeitswilligen sich in großer Aufregung befunden haben, sonst hätten dieselben die Personen besser unterscheiden können. Für viele auch eine Lehre für kommende Bewegungen!

## Literarisches.

### Wissen ist Macht!

Wir empfehlen für die Bibliotheken, wie zum Maßnahmsatz: Handbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in kathol.

Arbeitervereinen . . . . . 0,30

Protokoll des Frankfurter Arbeiterkongresses . . . . . 0,25

Protokoll über die Verhandlungen des zweiten Kongresses der christlichen Gewerkschaften (München) . . . . . 0,25

Protokoll über die Verhandlungen des fünften Kongresses der christlichen Gewerkschaften (Essen) . . . . . 0,30

Die englischen Gewerkschaften . . . . . 0,15

frankfurter Versicherungsgesetz, von Woedke . . . . . 3,50

nossenschaft verzeigt! Der liebe Gott hat mir gewiß alle meine alten Frevel von Herzen verziehen, wenn er die Demütigung in Blütlag drohte, die ich bei jenem Handwerkstrug des unglaublichen Knottums, bei jenem kollegialen Zusammentreffen mit Weiling empfand.“

Oder wenn der Dichter höhnt über den Atheismus in Hemdärmeln, der nach Brannheim und Käse riecht:

„So lange solche Doktrinen (der Ungläubige) noch Gemeingut einer Aristo-Kaste von Geistreichen blieben und in einer vornehmner Koterie-Sprache besprochen wurden, welche den Bedienten, die aufwartend hinter uns standen, während wir bei jenem philologischen Petits-Soupers blasphemierten, unverständlich war — so lange gehörte auch ich zu den leichtfertigen Esprits forts, wovon die meisten jenen liberalen Grands-Seigneurs glichen, die kurz vor der Revolution mit den neuen Umsturzideen die Langleinie ihres mächtigen Hofstehens zu verschließen suchten. Als ich aber merkte, daß die rohe Plebej, der Jan-Hagel, ebenfalls dieselben Thematik zu diskutieren begann in seinen schmucken Symposiumen, wo statt der Wachsbergen und Girandoles nur Tafelgäste und Teelampen leuchteten als ich sah, daß Schneider und Schneiderinnen von Schneider- und Schneiderbergen, als ich plumpen Herbergssprache die Existenz Gottes zu leugnen sich unterstellt — als der Athosius anging, sehr stolz nach Brannheim, Käse und Tabak zu stinken: — da gingen mir plötzlich die Augen auf, und was ich nicht durch meinen Verstand begreifen hatte, daß der Grieß ist (Geldstande 1853—1854).

Das sind die echten Freunde des Volkes, die so reden, wie die von der Sozialdemokratie gepflegt werden!

## Heinrich Heine und die Sozialdemokratie.

Mit vielen Begeisterung feierte anlässlich der 50. Wiederkehr des Todesstages Heines die Sozialdemokratie den galligen Spötter als einen der ihren. Da gab sich ja die Gelegenheit, alte Verse wider Junfer und Pfaffen an den Mann bringen können.

Das war sehr unklug gehandelt. Denn bekanntlich hat Spötter Heine nichts unbeweist gelassen. Der selbe Mann, heute den Kommunismus pries, machte ihn morgen lächerlich. Darauf schmeißt natürlich die sozialdemokratische Presse.

Es ist die alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu! Erlaubt uns wohl die sozialdemokratische Presse, daß auch ein paar Lesebrüder aus Heine zusammenstellen.

Gewerbeunfallversicherungsgesetz, von Woedtke	2,50
Was jedermann bezüglich der Unfallversicherung wissen muss, von Dr. Hölzle	0,25
Gewerberichtsgesetz, von Cuno	2,00
Reichsgesetz, betreffs Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, von Vogel	1,20
Die Arbeiterfrage, von Herlitz	9,00
Die Arbeiterfrage, von Dr. Hölzle	1,00
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich	1,20
Deutsche Baukunst im Mittelalter	1,25
Was der Arbeiter von dem bürgerlichen Geschöpfe und den einschlägigen Vorrichtungen der Gewerbeordnung und der Landesgesetze wissen muss, v. Dr. jur. Brandis	1,10
Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.	

Als gute politische Tagespresse, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung reiges Interesse entgegenbringt, empfehlen wir: „Das Reich“, Verlag Berlin SW. 61, Johanniterstraße 6. „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, Verlag M. Gladbach.

Die Zeitungen können auf der Post bestellt werden.

Neuer erschienen sind:

„Die Volkswirtschaft“. Eine kleine zweckmäßige Broschüre, die in systematischer Zusammenstellung die Entwicklung der heutigen Wirtschaft kennzeichnet. Preis 20 Pf.

„Gewerbliche Friedendokumente“ von F. Imme. Die Zusammenstellung sämtlicher deutscher Tarifgemeinschaften, wie deren Entwicklung. Preis 10 Pf. Es sind auch Auszüge, z. B. „Die Tarife im Baugewerbe“ zu 3 Pf. zu haben.

„Die christl. Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ von Dr. Müller. Preis 3 Pf.

„Geschichte der Nationalökonomie“ von W. Damaskus. Preis 3 Pf. Ein sehr lehrwertes Buch, das eine Fülle historischen Materials in Volkswirtschaften bringt.

„Sozialdemokratische Streitkäfig“. Preis 10 Pf.

„Sollen sich die Handwerksgesellen den christl. Gewerkschaften anschließen?“ Preis 20 Pf.

Protokoll unseres III. Verbandsstages. Preis 25 Pf.

„Die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter“, betitelt sich eine kleine Broschüre von P. Gießler, Freiburg. Preis 10 Pf. Der Inhalt des Schriftstücks zerfällt in 6 Punkte. 1. Allgemeines, Statthal. u. s. w. 2. Ortsüblicher Tagelohn und Krankenversicherung. 3. Ortsüblicher Tagelohn und Unfallversicherung. 4. Ortsüblicher Tagelohn und Jubiläumsversicherung. 5. Ortsüblicher Tagelohn und Arbeitsvertrag. 6. Ortsüblicher Tagelohn und Unterstützung bei Friedensübungen. Das Büchlein ist recht inhaltrreich und übersichtlich geordnet. Außerdem ist es recht erfreulich, daß Kollege Gießler, der auch in der christl. Gewerkschaftsbewegung steht, gerade diesen Stoff, der sehr wichtig und über den sehr wenig Aufführung vorhanden ist, einmal bearbeitet hat. Wir können das Schriftchen unseren Kollegen nur warm empfehlen.

In neuer und verbesselter Auflage ist erschienen

„Das Handbuch der christl. Gewerkschaften Deutschlands.“

Preis 70 Pf.

Allen Zahlstellenvorsitzenden, wie agitatorisch tätigen Kollegen sehr zu empfehlen.

## Briefkasten.

Fürth. J. Metz. Die Zeitungen gehen hier regelmäßig Mittwoch Abend fort, wenn eine Bezugsergänzung vorkommt, ist das unsere Schuld nicht.

Effern. V. H. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, Zugang soll nicht eher freigehalten werden, bis die Einstellung der Arbeit proklamiert wird. Angenommen z. B. die Verhandlungen scheitern, dann ist es noch immer eine große Frage, ob man direkt zur Öffentlichen Übergabe kann.

Darmstadt. H. Wenn Sie nicht schreiben, was da los ist, halten wir keinen Zugang fern.

Maurer. H. W. Wenn die zu N. gehörenden Zahlstellen nicht abrechnen, dann müssen Sie einmal hinfahren oder hinstellen. Eine Anzahl Berichte müsste zurückbleiben.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Vorstände der Verwaltungsstellen werden erachtet, mit der Agitation auch unter den etwa vorhandenen und zureichenden italienischen Kollegen einzufügen. Agitationsmaterial in italienischer Sprache (Flugblätter, Statuten und dergl.) ist von Dr. Sonnenchein-Elsberfeld, Ludwigstr. 59, zu beziehen. Dorthin erscheint auch eine italienische Broschüre, welche zu die Kollegen für 10 Pf. verkauft werden kann.

Die Vorstände der Verwaltungsstellen werden erachtet, die Namen und Verbandsnummern der italienischen Mitglieder an oben genannte Adressen einzufügen. Daselbe ist zu tun, wenn italienische Kollegen neu gewonnen werden, z. n. oder abreisen. Zu letzterem fasse mir, wenn irgend möglich, angegeben werden, wo hin die Betreffenden reisen.

Entscheidung des jüngsten Verbandsstages fordert Mitglieder anderer Organisationen, mit Zustimmung des Zentralvorstandes, mit vollen Rechten in unserem Verband aufgenommen werden. Die Aufnahme solcher Mitglieder soll in Zukunft nur durch den Zentralvorstand vorgenommen werden. Beurtragung Kollegen den Nebentreffen mit vollen Rechten, so sind diese Anteile nebst den bisherigen Verbandspapieren der Beitragsenden, seitens der Verwaltungsstellen-Vorstände, dem Zentralvorstand einzufügen. Sei jedoch die Aufnahme gemäß den Anträgen, dann schicken die übernehmenden Kollegen eine Zusatzurkunde, welche anzugeben wäre und bei Abreise nach Überprüfung an den Zentralvorstand eingefünden ist.

Die Mitglieder, welche bereits mit vollen Rechten übergetreten sind, werden erachtet, die früheren Verbandspapiere gegen Ausweissachen einzutauschen.

Auf dem 1. März 1906 übergetretenen Mitgliedern wird die Mitgliedschaft in anderen Organisationen in Zukunft nicht ausgeschlossen, wenn sie nicht im Bezug einer Ausweissache sind.

Die Verwaltungsstellen-Vorstände dürfen b. h. e. Zusammensetzung des Zentralvorstandes kein Mitglied mehr mit andererseits erworbener Rechten, annehmen.

Der Zentralvorstand.

Se. M. A. Riedenberg.

## Agitationsbezirk Dortmund.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß von jetzt ab, alle in Frage kommenden Angelegenheiten betreffs Agitation, an Kollegen F. Nonnen, Dortmund, christliches Gewerkschaftshaus, Lütgendörferstr. 5 zu richten sind.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß im Gewerkschaftshause ein kostenloser Arbeitsnachweis eingerichtet ist,

und ersuchen, deshalb die zuweisenden Bauhandwerker und

Bauhelfsarbeiter davon ergiebigst Gebrauch zu machen.

## Bekanntmachung.

Adressen des Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Birmensdorf sind: Georg Sann, Birscherstraße und Friedrich Burkhardt, Steinstraße 18. Die uns angehörigen Zahlstellen werden gebeten, bei Bedarf von Material sich an den Kassierer Friedrich Burkhardt, Birmensdorf, Steinstr. 18, zu wenden. Ferner, für zugereisten Kollegen erteilt Auskunft, unser Vereinswirt, Johann Müller, Schloßstraße.

Alle Vorstände, die bis zum 26. Februar ihre Wahl angezeigt haben, sind hiermit bestätigt.

## Der Verbandsvorstand.

## Besammlungskalender.

Ein wichtiger Gewerkschaftler fehlt in keiner Versammlung!

### Sonntag, den 4. März.

Gemmenich (Holland). 11 Uhr, bei Joh. Kretz. Glogau. 3 Uhr, Preußische Straße 20. Kartellversamml. Ref. Hesse (P.). Herne. (Stadtteil) 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus Bahnhofstr. Schötting i. P. 1 Uhr, „Hotel International“. Sodingen. 4 Uhr, bei S. Blumpe. Wronke. 12½ Uhr, „Hotel Victoria“.

### Dienstag, den 6. März.

Bremen. Abends 8½ Uhr, im Eschenhof, Klosterstr. 2/5. Döhren. 8 Uhr, bei Bause. Hannover III. 8 Uhr, Clemensstr. 5. Halle. (Stadtteil) 8½ Uhr, bei Fink. Mannheim. 8½ Uhr, bei Wirt, Nr. 4, Nr. 7. Waldenburg. 8 Uhr, bei Barth. Steglitz. 8½ Uhr, im Verbandslokale.

### Mittwoch, den 7. März.

Altenstein. (Bim.) 7 Uhr, im „Schloßgarten“. Berlin. (Pulzer) 8 Uhr, bei Fellbaum, Königbergerstr. Köln II. (Platten) 7 Uhr, „Im dicken Dommes“. Katowice. 8 Uhr, Gesellschaftshaus, Grundmannstr. Kirchen a. d. Sieg. 8½ Uhr, bei Herrn Jung. Ludwigshafen. 8 Uhr, im Verbandslokale. Mechnitz. 3 Uhr, im Elsterschen Gasthaus. Recklinghausen. (Stadtteil) 8½ Uhr, bei Waltenbauer, Hernerstr.

### Donnerstag, den 8. März.

Altenstein I. (M.) 7 Uhr, im Verbandslokale. Verlauterode. 8 Uhr, bei Kohl. Braunschweig. (D) 8½ Uhr bei Lebensleben. Gräf. 8½ Uhr, bei Bloch, alt Markt. Herren. 8 Uhr im Verbandslokale. Kassel II. (Bauerd.) 8 Uhr, Schützenhalle, Marktgasse 19. Marburg. 7 Uhr, Kaffee Quenin. Neckinghausen Süd I. 8 Uhr, bei Wiethehaus. Roßdorf. 8½ Uhr, im Verbandslokale. Wesel. 8 Uhr, „Z. n. W.“ Oliva. 8 Uhr, Hotel „Waldhäuschen“. Boppard I. (M.) 7 Uhr, im „Bopp. Hof“.

### Freitag, den 9. März.

Altendorf. 8 Uhr, bei Sträfling. Düsseldorf. 8 Uhr, bei Koch.

Harburg. 8½ Uhr, bei Pielbach, Albertstr. 10. Kassel I. (M.) 7½ Uhr, Schützenhalle, Marktgasse. Wilhelmshaven. 8½ Uhr, „Zur Stadt Braunschweig“.

### Sonnabend, den 10. März.

Alteneichen. 8½ Uhr, bei Gastwirt Waltmann. Aumen. 8½ Uhr, bei Wirt Lenk, Wullenstr. 5. Barmen. (Stadt) 8 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. Barmen I. (M.) 8 Uhr, Parlamentstraße. Bielefeld. 7½ Uhr, im Verbandslokale. Bochum. (Bim.) 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus. Bochum. Bauhelfsarbeiter. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus. Bottrop. 8 Uhr, Rest. Kirchbaum, Pferdemarkt. Dortmund. (Bauhelfarb.) 8 Uhr, Lütgendörfer 5 (Gewerkschaftsha). Duisburg. 8½ Uhr, Vereinhans, Seitenstr. 19. Eifel. 8½ Uhr, bei Gastwirt Feldgege. Essen. (Stadtteil) 7 Uhr, bei Koch, Ecke Märkische Str. Homburg-Barop. 8½ Uhr, bei Schule, Bahnhofstr. Hahinghorst. 8½ Uhr, bei Wm. Sondermann. Dagen I. 8 Uhr, bei Brunsheit, Hernerstr. 12. Heilbronn. 8½ Uhr, bei Trichter. Ketteler. 8½ Uhr, im Ketteler. Köln. 8½ Uhr, im Kastell. Kötels. 8½ Uhr, im Kastell.

### Samstag, den 10. März, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Gastwirt Feldgege.

## Sterbetafel.

Gestorben am 20. Februar ist das Mitglied Joh. Wahl. Verwaltungsstelle Düsseldorf (Maurens).

Am 25. Februar starb unser Kollege W. Bergheim. Bonn (Stadtteil).

Am 16. Februar starb unser Kollege W. Mosburger. Verwaltungsstelle Nürnberg (Gereihen Kunden).

## Verwaltungsstelle Giebel.

Samstag, den 10. März, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Gastwirt Feldgege.

### Tagesordnung.

1. Kassenbericht.  
2. Vorstandswahl.  
3. Verschiedenes.

Alle Kollegen werden erachtet, doch zu erscheinen. Ein wortiger Redner ist zur Stelle. Mitgliedsbücher mitzubringen. Pünktlichkeit bitte!

Der Vorstand.

### Bauhelfstellen II.

(Bauhelfsarbeiter.)

Donnerstag, den 8. März, Generalversammlung. Tagesordnung: Referat des Kollegen Werner Bochum. Jahresbericht Verwaltung. Vorstandswahl. Pflicht jedes Kollegen ist es anzutreten. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Vorstand.

## Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Dienstag, den 20. März, 7½ Uhr abends, Generalversammlung in der „Goldenen Zunge“, Fahrgasse 52.

### Tagesordnung:

1. Jahresbericht.  
2. Vorstandswahl.  
Alle Kollegen müssen erscheinen!

Der Vorstand.

## Römisches Berg.

Den hierigen Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Büro von jetzt ab Römisches Berggasse 10, 2 Treppen, befindet.

Der Vorstand.

## Bauhelfstellen Hamm I. Westf. I.

(Maurer und Bauhelfsarbeiter).

Die Adresse des Vorsitzenden ist: Karl Fischer, Akterstr. 10, die des Käfflers, Heinrich Klemmer, Heidestrasse.

Der Vorstand.

### Achtung!

### Wattenweide.

Samstag, den 10. März, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Kämmert an. Der wichtige Tagesordnungspunkt ist jeder Kollege erscheinen. Mitgliedsbücher ist vorzulegen.

Der Vorstand.

## Die Baugewerkschaft.

Die Baugewerkschaft ist eine Beilage.

## Unfallverhütung und Alkoholgenuss.

Da die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes nicht nur die direkten Wirkungen einer schweren Verlehung, sondern auch die Folgen des unglücklichen Zusammentreffens eines an sich bedeutungsvollen Unfalls mit einem schon bestehenden Leiden als entzündungsfähigen Unfall hinstellt, so haben die Berufsgenossenschaften, um die letztere Möglichkeit einzuschränken, den Alkoholmissbrauch in ihren Betrieben auss nachdrücklichste zu belämpfen begonnen und entsprechende Bestimmungen in die Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen. In seinem letzten Heft (Nr. 12) hat das Reichsarbeitsblatt diese zusammengestellt. Aus der Zusammenstellung geht sich, daß von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften nur 4, die Knappichalts.-B.-G., die Tabaks.-B.-G., die Ostdeutsche Winnenhaffahres.-B.-G. und die Sec.-B.-G. noch keine Vorschrift gegen die Beschäftigung betrunkener Arbeiter gegeben haben. Manche Genossenschaften haben schon vor 10—15 Jahren und früher Verbote gegen den Alkoholmissbrauch erlassen, 35 Berufsgenossenschaften aber erst nach 1900. Die meisten dieser Vorschriften lauten: betrunken Arbeiter dürfen die Arbeitsstätte nicht betreten oder dürfen dort nicht beschäftigt, ja nicht einmal geduldet werden. Nur in ganz wenigen Industrien war es erforderlich, eine Zusatzbestimmung des Sinnes zu erlassen, daß außerordentliche Trinklage während der Arbeit verboten seien. In einer ganzen Anzahl von Berufsgenossenschaften ist das Mitbringen von Branntwein in die Betriebsräume und das Trinken solches während der Arbeit untersagt. In manchen Gewerben ist der Genuss geistiger Getränke während der Arbeit überhaupt verboten. Von den Bauwerks-B.-G. haben sich aber einige nun auch zu einer positiven Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs verpflichtet gefunden und in die Unfallverhütungsvorschriften für die Arbeitgeber die Bestimmung aufgenommen, daß während der warmen Jahreszeit auf allen Baustellen stets frisches Trinkwasser in reinen Gefäßen und in geeignender Menge vorrätig zu halten sei. Ganz entschieden geht die Mehrzahl der B.-G. gegen "Gewohnheitstrinker", "an Trunksucht leidende" oder zur "Trunksucht neigende" Personen vor. 17 B.-G. haben das ausdrückliche Verbot in ihren Vorschriften erlassen, beteiligte Personen überhaupt nicht oder doch wenigstens nicht an maschinenlaufenden Maschinen und bei schwierigeren Arbeiten zu beschäftigen. Die Berufsgenossenschaften mit hoher Betriebsgefahr gehen aber noch weiter; die positive Förderung völliger Nüchternheit in ihre Arbeiter stellen, so die Pulverfabriken und die Eisen- und Stahl-B.-G. In der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ist man nach dieser Richtung noch sehr weit zurück, wie ja allgemein die Unfallverhütung hier noch sehr im Urgen liegt. 12 B.-G. haben überhaupt noch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen. Von den übrigen 48 haben 23 sich bisher mit dem Trinkunwesen befaßt und die Beschäftigung betrunkener Personen untersagt. Mag auch die landwirtschaftliche Beschäftigung in freier, frischer Luft erfolgen und an sich nicht so viel Fährlichkeiten bieten wie die Industriearbeit, so zeigt doch die landwirtschaftliche Unfallstatistik, daß auch auf dem Lande noch ein gut Teil zur Eindämmung des übermäßigen Trinkens unter den Arbeitern gelingen muß, um die außerordentliche Belastung der Berufsgenossenschaften mit hohen Entzündungsleistungen zu verringern. Das wichtigste auf dem Gebiete Unfallverhütung und Alkoholgenuss ist aber immer noch die angemäße Aufklärung der Arbeiter über die nahen Beziehungen dieser beiden Dinge.

## Jahresbericht des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes (Maurer).

In dem vorjährigen Bericht wurde gesagt, daß das verloste Jahr unter dem Geichen des wirtschaftlichen Kampfes stand. Wir sagten dieses angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1904 eine ganze Anzahl Lohnstreitigkeiten und Auswürtungen zu verzeichnen waren. Von dem Jahre 1905 können wir dieses wiederum und zwar in erhöhterem Maße anführen. kaum hatten wir zu Beginn des neuen Jahres die friedliche Agitationsarbeit auf dem Eichsfelde und im Kreise Nordhausen aufgenommen, da berichteten die Zeitungen über die ersten Ansänge der Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier, welcher dann am 16. Januar die Proklamation des Generalstreiks folgte. Am 21. Januar mußte auf dringendes Ersuchen beteiligter Kreise und im Interesse unserer eigenen Organisation, welche mit einer ziemlichen Anzahl Kollegen resp. Mitglieder in der Bewegung beteiligt war, die Agitationstour auf dem Eichsfelde abgebrochen werden. Die Kollegen Werner und B. Deppe setzten die Tour bis nach Erledigung des festgesetzten Programms fort. Kollege Schmidt aber stand vom 22. Jan. bis zur Beendigung des Riesenkampfes fast ausschließlich im Dienste der Bergarbeiterbewegung, fast täglich hat er nicht nur in einer, sondern gewöhnlich in mehreren Riesenversammlungen gesprochen. Dass ich durch diesen Kampf ein Opfer es § 153 der G.-D. wurde, indem ich durch Urteil der Bochumer Strafkammer und Bestätigung des Urteils durch das Reichsgericht eine einmonatliche Gefängnisstrafe zuerkannt bekam, sei nur nebenbei erwähnt, ist aber um so betrübender, weil ich mit Bestehen unserer Organisation ständig mit im Vordergrunde standen und niemals mit der Behörde oder mit den Strafrechtsanwälten

Durch den Bergarbeiterstreik waren in den verschiedensten Verwaltungsstellen unseres Bezirkes eine Anzahl auf Bechen beschäftigte Mitglieder in Mitledenschaft gezogen. Es folgten dann in gedrängter Reihenfolge eine ganze Anzahl kleinerer und größerer Lohnbewegungen, von welchen wir leider sagen müssen: sie waren meistens verfrüht. Am Neubau der Bochumer Gießereien-Lehranstalt kam es zu einem vierstündigen Kampfe, weil der Unternehmer (eine Firma aus Wiedenbrück) sich weigerte, die vereinbarten Akkordpreise zu zahlen. Der Kampf brachte Beseitigung der Akkordarbeit und Erhöhung des Stundenlohnes von 48 auf 52 Pfsg. In Brilon kam es zu einer schriftlichen Vereinbarung, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer Stunde und eine Lohnnerhöhung von ca. 20 Prozent brachte. Bei zwei Unternehmern, welche die Vereinbarungen nicht unterzeichnen wollten, kam es zu einer längeren Sperr. Obwohl sie nicht zum Unterzeichnen zu bewegen waren, haben sie die vereinbarten Bedingungen doch eingeführt. Anfangs April kam es dann in Olpe zu einem vierwöchentlichen Kampfe, welcher mit Abschluß eines Tarifvertrages endete. Der Tarif

achte wesentliche Verbesserungen der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Fast um dieselbe Zeit kam es durch unbedachtes Vorgehen der Kollegen in Ultena ebenfalls zum Streit. Von der Betriebsleitung war entschieden vom Kampfe abgeraten. Leider erglomm das angefachte Strohfeuer der Begeisterung beim Anblide der ersten Kolonne Italiener, welche die Unternehmer als Herausreißer hatten kommen lassen, so daß die Mehrzahl der Kollegen zu den Unternehmern lief und „reinig“ ihre Kündigung zurück nahmen. In Freienohl, Arnsberg und Meschede begann ebenfalls schon im April die Bewegung. Während in erstem Orte die Kollegen ihre Reihen geschlossen hielten und dadurch einen vollen Erfolg erzielten, zeichneten sich die Kollegen an den beiden letzteren Orten gerade nicht durch besonderen Kampfesgeist aus, die Folge war dann auch, daß damals nichts erreicht wurde. Erst durch Beendigung der Ausschließung im Industriegebiete wurden dort die Arbeitsbedingungen verbessert. Über auch hier war es nicht der eigenen Kraft der dortigen Kollegen zuzuschreiben, wenn damals Freienohl und Süßen nicht standhaft gewesen, so wäre jedenfalls auch damals der ganze Sauerländer Bezirk leer ausgegangen. Um dieselbe Zeit kam es auch in Ohlen zum Kampfe. Obwohl die Forderungen als sehr minimal bezeichnet werden müssen ließen

es die Unternehmer zum äußersten kommen. Das Unternehmertum blieb denn auch „Sieger“. Verschiedene Umstände, insbesondere der starke Zuzug von den umliegenden Orten, waren die besten Bundesgenossen der Unternehmer. Im Mai fand es auch in Paderborn zu einer längeren Arbeitseinstellung. Obwohl die dortigen Kollegen alles versucht hatten, eine friedliche Lösung der schwelenden Lohnfragen herbeizuführen, scheiterte dieses am Starrsinn der Unternehmer. Nach einem mehrwöchentlichen Kampfe kam es zu einer schriftlichen Vereinbarung. Leider brachte der Kampf nur einen Teilerfolg. Daß Zustandekommen des Friedens machte sich besonders der Herr Bürgermeister von Paderborn verdient.

Zu den bis jetzt genannten Orten — mit Ausnahme von Bochum — führte unsere Organisation den Kampf allein. In Osnabrück kam es im April zu einem allgemeinen Maurer- und Bauarbeiterstreit. Derselbe entwickelte sich aus der Maßregelung eines Baudelegierten! Die lange Dauer (neun Wochen) und der schliezliche Ausgang des Streites haben hoffentlich unsere Kollegen zu der Überzeugung gebracht, daß Kollege Schmidt im Rechte war, als er in der entscheidenden Versammlung den Zeitpunkt als verfrüht bezeichnete. Zur Ehre unserer Mitglieder muß aber gesagt werden, daß die Mehrzahl derselben ebenfalls aus diesem Grunde gegen den Streit wären, wenn die entscheidende Versammlung nicht von allen beteiligten Organisationen gemeinsam gewesen wäre, so könnte man dieses heute zahlenmäßig nachweisen. Vielleicht wäre der Kampf noch gewonnen worden, wenn die Unternehmer nicht Hunderte von italienischen Kollegen herangeschleppt hätten.

Es war dann im Mai als der zweite große wirtschaftliche Kampf im Ruhrgebiet seinen Anfang nahm. Dieses Mal war es das Baugewerbe, in welchem er ausgetragen wurde. Die Ursachen und der Verlauf, sowie die schließliche Beendigung dieses größten Kampfes, welcher bisher im deutschen Baugewerbe geführt wurde, ist den Lesern alle bekannt. Ich will deshalb in meinem Jahresberichte nichts mehr aus der Kampfperiode erwähnen, welche geeignet wäre, die alten Wunden wieder bluten zu machen, oder welche auf der einen oder anderen Seite die Schaffensfreubigkeit der Personen, oder Organisationen, welche berufen sind, das abgeschlossene Friedenswerk zu verwirlichen und weiter anzubauen, abschwäche könnte. Eines soll und muß aber heute gesagt werden, unser Mitglieder haben während dem Kampfe ihren Mann gestanden. Ihrer besonnenen und energischen Haltung ist entschieden der größte Teil des Erfolges zuzuschreiben.

Angesichts dieser vielen und schweren Lohnbewegungen ist es erklärlich, daß die Fluktuation in den Verwaltungsstellen eine recht große war. Dennoch aber ist ein gutes Erstarken unseres Verbandes im hiesigen Bezirk zu verzeichnen. Nach dem vorjährigen Berichte betrug die Mitgliederzahl einschließlich der Bauarbeiter, Zimmerer und Stuckateure 7903. Da nun seit März 1905 für die genannten Gewerbe eigene Sekretäre eingesetzt sind, schließe ich dieselben aus meiner diesjährigen Richterstattung aus. Nach einer genauen Feststellung in den Tagen vom 10. bis 15. November betrug die in den Verwaltungsstellen vorhandenen Mitgliederzahl 7851, davon waren Maurer 7713, Dachdecker 81, Fliesenleger 31, Steinhauer 29. Die Mitgliederzahl ist also ziemlich dieselbe wie im Vorjahr, obwohl mehrere tausend Bauarbeiter, Zimmerer und Stuckateure aus meinem Berichte ausscheiden. Ferner ist durch die Russsperrung ein großer Teil unserer alten bewährten Mitglieder aus dem Bezirke abgereist und nicht zurück gekommen.

Der innere Ausbau der Organisation konnte leider im  
dem äußeren Wachstum nicht gleichen Schritt halten, weil die  
vorhandenen Kräfte zu sehr durch die Lohnbewegungen in Anspruch  
genommen waren. Dieses in den Jahren des wirtschaftlichen Friedens nachzuholen, muß unser vornehmstes Ziel  
streben sein. Von der eigentlichen persönlichen Tätigkeit des  
Sekretärs läßt sich leider kein genaues Bild in der Form,  
wie es wünschenswert erscheint, geben. Im Drange der Ge-  
schäfte sind leider Versammlungen, Kommissionssitzungen usw.  
nicht genau gebucht, so daß sich diesbezüglich kein genaues Bild  
geben läßt. Hier mag ein Tadel am Platze sein, wer aber  
im Bezirke mitgewirkt hat, wird diese Vernachlässigung be-  
greifen und verzeihen. Es mag diesmal den Kollegen ge-  
rügen, wenn gesagt wird, daß alle Kollegen, welche in der  
Lage waren, in der Offenlichkeit mit zu wirken, ständig in  
fast fiebriger Tätigkeit gewesen sind. Das dieses auf den  
Sekretär auch zutrifft, braucht wohl nicht besonders gesagt  
zu werden, besonders wenn man berücksichtigt, daß derselbe  
als Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes an allen Sitzun-  
gen dieser Körperschaft teil genommen hat, mit Ausnahme  
derjenigen, an welchen er verschiedentlich durch den Zentral-  
vorstand vertreten wurde. Im übrigen werden die folgenden  
Zahlen über die gemachten Ausgaben den Tätigkeitsbericht ergänzen. Es wurden im Jahre 1905 außer dem Gehalt des  
Sekretärs folgende besondere Kosten hervorgezogen:

Secretars folgende besondere Kosten verausgabt:	
An Fahrgeld . . . . .	667,80 M
- Spesen und Nachlogis . . . . .	887,60 "
- Postwertzeichen und Porto . . . . .	145,50 "
- Telephon und Telegramme . . . . .	114,15 "
- Schreibutensilien u. Zeitungssubscriptions . . . . .	78,43 "
Drucksachen . . . . .	121,05 "
Für Hilfskräfte . . . . .	356,85 "
Anteil der gemeinsam Unkosten der "Gesetz-Kommission" . . . . .	536,17 "
	Summa 2907,55 M

Mit Befriedigung können wir auf das Jahr 1905 zurückblicken, wohl war es reich an intensiver Arbeitstätigkeit, jedoch auch an Erfolgen zufriedenstellender; es stand fast immer unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Kämpfe, doch es brachte unserm Berufe auch einige Jahre des wirtschaftlichen Friedens. Eines ist ferner bestimmt, nämlich, dass verflossene Jahr brachte einen Wendepunkt in der Kämpfestätigkeit für das Bauhandwerk des hiesigen Bezirkes. Durch die enorme Entwicklung der beiderseitigen Organisationen wird es in Zukunft, in den einzelnen Fällen, entweder eine friedliche Verständigung auf dem Boden der gegenseitigen Anerkennung und Gleichberechtigung geben, oder aber es wird in Zukunft nur noch mit grossem Hass allgemeine Wirtschaftsleben dieser schüttenden Massenkämpfen zu rechnen sein. Hoffen wir im Interesse der allgemeinen Poststuhlfahrt das erstere, an unserer ehrlichen Mit-

Unsere Stellung zu den sozialdemokratischen Verbänden ist so, daß man sie nach Lage der Dinge als vollständig befriedigend bezeichnen kann. Denn sie bekämpfen uns, wo sie nur können, verläumden uns, wo sich ihnen nur Gelegenheit bietet, prechen uns die Existenzberechtigung ab und suchen uns zu prüfen, wo sich nur ein Schein von Gelegenheit bemerkbar macht. Und es ist gut, daß sie dies alles tun, denn dieses ist uns der beste Beweis, daß wir mit unserer Tätigkeit auf dem rechten Wege sind. Würden wir unseren gewerkschaftlichen Pflichten nicht nachkommen, würden sie uns vielleicht lobhüpfeln, um uns zurgegebenen Zeit den Lodesstoß geben zu können. Als Stichprobe, wie diese Herren die Gleichberechtigung aufzufassen, muß noch einmal zu der Aussperrung zurück gegriffen werden. Als es sich auf der ersten allgemeinen Begegnungsversammlung in Dortmund darum handelte, die Aussperrungsleitung zu organisieren, wollte man unserer Organisation allergrößtmöglichen Vertreter in der Kommission einräumen, wohingegen sie ihrerseits drei Sige beanspruchten! Erst dann, als man auf einer Seite zu der Einsicht kam, daß es doch nicht so leicht ist, die verbündeten Christlichen zu bündigen, erklärte man sich mit

einer paritätischen Kommission (Gehser-Kommission) einverstanden. Das es übrigens ein unangenehmes Empfinden sein muss wenn man an einem Tage uns die Existenzberechtigung abspricht, und dann kurz nachher, wieder Wochen und Monate lang gemeinsam mit Vertretern unserer Organisation zusammen arbeiten muss, ist leicht zu verstehen, aber es ist einmal so und es wird auch trotz aller Grosssprecherei so bleiben. Ein eigentümliche, fortwährend wiederkehrende Selbstüberhebung spiegelt sich in allen mündlichen und schriftlichen Berichten welche von jener Seite gegeben werden, wieder. Es heißt da gewöhnlich: Diese Verbesserungen, Steigerung des Stundenlohnes, Verkürzung der Arbeitszeit usw., ist nur allein den Eingreifen des Zentral-Verbandes der Maurer, oder seinen Mitgliedern, zu verdanken. Nun, wir wollen nicht untersuchen welche Organisation hier das Wesentlichste geleistet hat, die Maurer und Bauarbeiter des hiesigen Bezirkes wissen aber alle dass die Steigerung des Stundenlohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit erst greifbare Formen annahm, seitdem der Zentral-Verband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands im hiesigen Bezirke Fuß gesetzt hatte. Mögen jene nur ruhig in der Selbstberäucherung fort fahren, wir uns seitens wollen der Devise treu bleiben: „Das Gute bringt sie selbst Bahn.“

Um Schlusse meines Berichtes möchte ich an alle Mitglieder welche im vergangenen Jahre so selbstlos mitgearbeitet haben meinen Dank abstatten und sie alle bitten, auf dem betretenen Pfade weiter zu wandeln. Wenn wir gemeinsam weiterarbeiten, besonders die beschlossene Neorganisierung durchführern und die bevorstehenden Jahre des wirtschaftlichen Friedens inneren Ausbau der Verwaltungsstellen unsere Pflicht tun dann mag da kommen, was da will, wir werden dann unsern Mann zu stellen in der Lage sein.

Bodrum, Biemelhäuserstr. 18

A. G. Smith

## Jahresbericht des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes (Bauhilfsarbeiter).

Die stetige Entwicklung machte innerhalb unseres Verbandes bedeutende Fortschritte. In dem Zeitraum der letzten zwei Jahre war dieses hauptsächlich der Fall. Die einzelnen Gruppen gewannen bedeutend an Mitgliedern. Der Hauptvorstand trat rechtzeitig seine Vorlesungen, in dem er für die Branchen der Bimmerer, Stuttgareure, Bauarbeiter und Steinarbeiter Sekretariate errichtete. In diesem Berichte soll sich nun kurz die Tätigkeit des Kollegen wiederspiegeln, welcher mit der Führung des Sekretariats der Bauarbeiter betraut wurde. Am 1. März 1905 wurde dasselbe errichtet. Die Konjunktur im Baugewerbe war im verflossenen Jahre gut, deshalb reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden. Es kommen hier in Frage Steinträger, Speiseträger, Erdarbeiter und Zementarbeiter.

Fortschritt, mit dem man zufrieden sein kann.

Aber ein Punkt ist es, mit dem man nicht zufrieden sein kann, dieses ist die Fluktuation, das heißt der häufige Wechsel. Die Kollegen im Industriegebiet betrachten den Beruf eines Bauhilfsarbeiters als vorübergehend. Der Grund liegt in der niedrigen Entlohnung. Darum ziehen es eine Anzahl Kollegen vor, wieder in einen Fabrik- oder Bergbetrieb zu gehen. Ein ebenfalls wichtiger Punkt ist der, daß eine Anzahl Arbeiter aus den Industriebetrieben, den Beruf als Bauhilfsarbeiter ergreift, um einen andern Ablehrschein zu erhalten. Haben sie 2–4 Wochen am Bau gearbeitet, dann nehmen sie die Entlassung um mit dem neuen Ablehrschein auf ein anderes industrielles Werk zu gehen. Infolge der vielen Arbeitsgelegenheit ist aber keine Stabilität zu verzeichnen. Es wird aber auch hierin besser, weil durch die Organisation bedeutende Verbesserungen im Lohn und in der Arbeitszeit für die Bauarbeiter erreicht wurden. Dies wird ohne Frage den häufigen Wechsel und das Arbeiten in den Fabriken unterbinden. Es ist dieses mit Freuden zu begrüßen, denn wenn die Hilfsarbeiter des Baugewerbes ständig sind, lernen sie die Gefahren des Berufes besser erkennen und sind dann bestrebt, dieselben nach Möglichkeit zu verhindern.

Die günstige Konjunktur in hiesige Bezirke war der Kollegenschaft auch ein Antrieb, dieselbe sich weiter gewerkschaftlich zu nutzen zu machen und brachten die Lohnbewegungen den Kollegen denn auch erhebliche Vorteile. Gestreikt wurde in Hamm im Mai. Der Streik war partiell und endigte nach acht Tagen mit dem Erfolg, daß ein Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen wurde. Es bekamen die Kollegen 5—6 Pfennige Ausschlag zur Stunde. Ebenfalls endigte der Streik in Kreiseld mit einem Erfolg der Kollegen. Auch dort wurde ein Vertrag abgeschlossen. Die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sollte eine Zerstörung der Organisationen der Arbeiter werden. Das Gegenteil trat ein. Durch das feste Zusammenhalten gelang es, die Arbeitgeber zur Anerkennung der Organisation zu bringen. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen bis zum 1. April 1908. Der Vertrag ist der größte im Baugewerbe in Deutschland. Außer einer

wesentlichen Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, ist die Errichtung des Einigungsamtes in Essen als ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen auf dem sozialen Gebiete. Auf die Entstehung der Aussperrung näher einzugehen, erübrigt sich, weil sämtliche Kollegen die Ursachen kennen und weil sie schon zur Genüge publiziert ist. Ebenso ist es nicht nötig, den Tarif noch zu veröffentlichen, weil dieser ebenfalls schon früher geschehen ist und weil jeder Kollege ein Exemplar in Händen hat. Auch in diesem Punkte können wir mit dem Erreichten zufrieden sein. An der Aussperrung waren 800—900 christliche Bauhilfsarbeiter beteiligt. Alles gerechnet sind über 1100 Kollegen an Lohnbewegungen beteiligt gewesen, welche eine Aufbesserung der Löhne von 5—6 Pfennige pro Stunde bekommen, und welche fast sämtlich die zehnstündige Arbeitszeit erreicht haben. Dieses letztere ist besonders zu beachten, weil noch ein großer Teil der Kollegen im Industriegebiet eine 11—12stündige Arbeitszeit hatte. Der Mehrertrag des Lohnes lässt sich am besten in Zahlen ausdrücken. Rechnen wir 40 Wochen Arbeitszeit im Jahre und 5—6 Pfennige

wie 40 Wochen Arbeitszeit im Jahre und 5-6 Pfennige Lohn erhöhung die Stunde, so macht es die Summe von nahezu 150 000 Mark aus, welche den Kollegen jetzt jährlich mehr kommt. Der beste Beweis, daß die Organisation Arbeit hat. Die Tätigkeit des Sekretärs erstreckt sich zum größten Teile auf die allgemeine Bewegung während der großen Aussperrung. Es wurden abgehalten 95 öffentliche Versammlungen, 70 Mitgliederversammlungen, 53 Lohnkommissionssitzungen, 27 Vorstandssitzungen, 5 Konferenzen. Ferner nahm als Mitglied des Einigungsamtes der Sekretär an drei Sitzungen des Einigungsamtes teil. Desgleichen war die Korrespondenz mit den Ver-

amtes teil. Desgleichen war die Korrespondenz mit den Verwaltungsstellen sehr umfangreich. Von Hilfskräften wurden abgehalten acht öffentliche und zwei Mitgliederversammlungen. In Rechtschutzsachen wurde eine Anzahl Fälle erledigt, welche alle zugunsten der Kollegen ausfielen.

Können wir so konstatieren, daß wir bedeutende Fortschritte gemacht haben, so muß auch darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Kollegen sich in der Agitation und in der Führung der Verwaltungsgeschäfte besser ausbilden. Ist es doch vorgekommen, daß man von seitens einzelner Vorstände direkt gegen das Stadtu. gearbeitet hat aus Unkenntnis. Ebenfalls sind Vorgehen gegen das Streit-

reglement vorgekommen. Desgleichen haben einige Verwaltungsstellen die Einklassierung noch nicht eingeführt. Es muß dieses in Zukunft besser werden, diese Mängel dürfen nicht weiter fortbestehen, sondern tatkräftig muß darangegangen werden, dieselben zu beseitigen. Mit Fleiß und Ausballer läßt sich auch dieses erreichen.

Das Verhältnis zu den „freien“ Organisierten hat sich noch nicht gebessert; man glaubt in jenen Kreisen, die christlichen Bauhelfsarbeiter müssen vollständig in die „freie“ Organisation getrieben werden, darunter auch die Agitationsarbeit der sozialdemokratischen Bauarbeiter gegen die christlichen Kollegien. Aber trotz der oft rohen Handlungswweise können wir konstatieren, dass es respektlos vorauswärts geht. Die christlichen Bauhelfsarbeiter lassen sich nicht an die Wand drücken, sondern sie stehen auf dem Posten und vertreten ihre Interessen mit Entschiedenheit.

Auch bei den Arbeitgebern hat man eingesehen, daß die Lage der Baustützearbeiter keine glänzende ist und man bestselben Zugeständnisse machen muß. Ebenso ist es zu begrüßen, daß die Tarifbewegung immer mehr Anhang findet bei den Arbeitgebern. Die wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe, an denen wir interessiert waren, spielten sich im Jahre 1905 hauptsächlich im rheinisch-westfälischen Landkreis ab. Aller Voraussicht nach wird im kommenden Jahre der Hauptkampf der Lohnbewegung im Rheinland sich abspielen. Vorberungen sind gestellt in Köln, Kalk, Mülheim a. Rhei., Bonn, Euskirchen, Düren, Eschweiler, Aachen und Umgegend, Düsseldorf, Münster, Überrhein, Datteln, Rheinland. Auch im Jahre 1906 eine gute zu werden, denn durch den abgeschlossenen Tarif ist eine große Unternehmungslust bestrebt worden. Einer sächlichen Veränderung muß man Rechnung tragen, nämlich daß jetzt die Betriebsarbeiten in größerem Maßstabe ausgeführt werden; infolgedessen eine große Anzahl Kollegen sich diesem Erwerbszweige zuwenden. Es muß darum das Augenmerk darauf gerichtet sein, dieselben der Organisation zuzuführen. Ferner ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Aftordarbeit immer mehr nachläßt. Die Kollegen sehen in, daß die Aftordarbeit den Körper und den Geist frühzeitig errüttet. Diese Erkenntnis ist der Weg zur Besserung in der Frage der Aftordarbeit. Die Kosten der Agitation betrugen vom 1. März bis 31. Dezember 1905:

1. Gehalt	1455,-	M.
2. Fahrt, Spesen, Nachlogis.	1107,35	"
3. Porto, Telegramm, Schreibgebühren	80,33	"
4. Hilfskräfte	52,30	"

**Gumma** 2694,98 M.F.

Aus vorstehendem Bericht können wir ersehen, daß es vorwärts geht in den Kreisen der Bauhilfsarbeiter. Die Erkenntnis bricht sich Bahn und zeigt auch den Bauhilfsarbeitern den Weg zur Organisation. Es gibt noch vieles zu bessern, darum nicht stehen bleiben, sondern rastlos gearbeitet, um neue Kollegen zu gewinnen, denn eine Unmenge Bauhilfsarbeiter sind noch unorganisiert und leben noch in den schlechtesten Verhältnissen; auch diese sollen ein menschenwürdiges Dasein führen. Wenn wir dieses hohe Ziel im Auge haben und tatkräftig agieren, dann können wir am Schlusse des Jahres 1906 wiederum ein gutes Resultat verzeichnen. Dennoch heißt es: Vorwärts immer, rückwärts niemals. An dieser Stelle spreche ich meinen Dank aus allen Freunden und Kollegen, welche für die Interessen der christlichen Bauhilfsarbeiter eingetreten sind und fleißig mit agitiert haben. Mög e das Gefühl der Zusammengehörigkeit immer weiter Platz greifen zum Wohle der Arbeiter des Baugewerbes und zur weiteren Entwicklung des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Moskau, Niemelhäuserstraße 13. FA Merner

## **Verbandsnachrichten.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

## Stukkature.

**R. - Gladbach.** Der „Stiftateur“, Organ des sozialdemokratischen Stiftauerverbandes, bringt in Nr. 8 einen Bericht aus R. Gladbach, in dem er einem Wutgeheul über die Christlichen in der bekannten Weise Ausdruck verleiht wie: „Garnetrids, Jesuiten-kanzlerstil“ u. s. w. Es ist aber auch zu schreclich, wie können die Christlichen es auch mir wagen, in R. Gladbach eine Versammlung abzuhalten, um dort eine Zahlstelle zu präfinden! Um nun diesen Bericht des „Stiftateur“, bei von Verlogenheit und Verdrehung geradezu strotzend, richtigzuhellen, sei folgendes bemerkt. Allerdings hatten die Großen Flugblätter beigelegt zu einer Versammlung am 31. Januar. Nun vergibt aber zu bemerken, daß es ausdrücklich heißt: außerordentliche Mitgliederversammlung, wozu alle nicht organisierten Kollegen freundschaftlich eingeladen sind. Also hatte ein christlich organisierter Kollege keinen Zutritt. Nun war nun ja dazu übergegangen, zudem von uns auf den 30. Januar, also einen Tag früher, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und auch bekannt gemacht worden war, was durch eine Schreiben Redefreiheit zu gewähren. In unserer Versammlung vom 30. Januar referierte Kollege Kuschel über die Notwendigkeit der Organisation und welche Stunde es waren, christliche Organisationen zu gründen, welche von den Anwesenden brüllig angenommen wurde. In der Discussion sprach zunächst Genosse Münnich-Köln, der noch kaum bepunktet, schon gleich über die Zentrumspartei und die Pfaffen loslegte, sodag man glauben sollte, man befände sich in einer sozialdemokratischen Wahlerversammlung, man kennt das ja, unsere Sozialen Formen des Politischen und Gewerkschaftlichen eben nicht mehr miteinander halten. In dem Moment konnte man nichts ausschließen, und so mußte eben das Zentrum hergeholt und waren natürlich wie immer die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften. Den Gedank konnte man allerdings nicht bringen, aber es hörte sich doch freudig an. Nach diesem Zug von Genosse Eggerath seine Worte leuchteten über Tassalle und den Bischof Kettler, möbel er nicht im Niederlande hergestellt. Die folgenden Diskussionen

deren Größe über und wieder widerlegen die Ausführungen von Gouverneur Blaauw und Eggerath in je ihrerer Weise, daß den ersten Besuch des Fuchs in die Schule gefallen ist und die zweite, wann diese beiden Männer doch in ihre Versammlung gekommen sind, kann sie unzwecklos. 6 Minuten zur Stelle kommt die Differenz nicht heran, um zu machen, wird in dem einen Falle ein Fehler gemacht. Woraus entsteht Webber's Fehl mit dem ersten Besuch? Es kann jenseits folgenden Satz bestehen. Wenn der zweite Besuch nicht jetzt ist, dann wird sich die aus Webber's Sicht verdeckte zweite Besuch nach unten für einmal als falsch erweisen. Was kann diese Sache geben?!!! Es wird bei diesem ersten Besuch doch eine ganze Nachmittagszeit eingeschoben, um diese zweite Besuch zu einem bestimmten Punkt zu legen, und wenn dieser Besuch nicht jetzt ist, dann ist es klar, daß der zweite Besuch nicht jetzt ist, sondern später, und da kann man es ja nicht mehr auf den ersten Besuch beziehen, sondern auf den zweiten. Das ergibt, daß der zweite Besuch jetzt ist, und da kann man es ja nicht mehr auf den ersten Besuch beziehen, sondern auf den zweiten.

ehmungen hätten, mögen sie es jetzt tun, er werde ihnen Stille und Antwort stehen. Auch wir von den Genossen ein Mittag gestellt, die Diskussion abzubrechen und am andern Tage in ihrer Verständigung fortzufahren. Dieser Antrag wurde jedoch von den Anwesenden abgelehnt, vielmehr sollte die Diskussion forgesetzt werden. Hier fanden nicht wieder so recht seien, wie wahrhaftig liebend unsere Begleiter sind, da sich aber keiner der Gegner zum Wort meldete, wurde Kollege Hänschen das Wort erteilt, der mit den Genossen harf. Bis Zeitig gütig, ausdrücklich erklärend, es solle das Schlusswort noch nicht sein, vielmehr könne man sich nachher noch zum Wort melden. Er gütig auf das Nachwort verschiedener Verwaltungsstellen resp. das Vor gehen einiger Führer des sozialstaatlichen Verbundes ein, dasselbe recht drastisch beleuchtend. Dieses brachte den Genossen wohl auf die Werken geschlagen sein, niemande sich keiner zum Wort und wurde dann die Versammlung geschlossen. Wenn es nun in dem Bericht heißt, der Große Mann hätte in lebhafter Weise das Treiben der Christlichen geschildert, so ist dieses Lob welches er vermutlich sich selbst ausgestellt hat, deutend dieser gehängt werden. Sagte auch sein Vitzstreller, der Genosse Eggerath, in den letzten Tagen noch: „Der Mann in der Kanzlei in W.-Glaibach nicht zu einem mit ihm zu sprechen!“ Bedenkt hat er die Vorreihen dort schon holt; das Brügeln hemmt wohl. Wenn es nun weiter heißt: vier Kollegen hätten umgesattelt, weil sie fürchteten, als den Kreislauf belästigen, so sind das ebenfalls nur Maßchen, ist denn Welt. Dau sind 23 frei organisierte und 27 christlich organisierte Kollegen beschäftigt. Diese Zahlen beweisen schon zur endige, was an der Behauptung wahr ist. Auch wird dann weiter geführt, unsere Bemühungen seien umsonst gewesen, dengegenüber ist zu bemerken, daß in W.-Glaibach jetzt ebenfalls eine Zählle der Gläubiger des christl. Verbandes besteht und daß man wohl oder übel mit derselben rechnen muß. Also wohl der Maße ist, nicht wahr? Hoffen wir, daß auch dieser Zweig ein wichtiges an dem christlichen Gewerkschaftsbauwerke werden wird.

### Blütteler.

Berlin, 16. Februar. (Zimmerer.) In unserer letzten Versammlung wurde beschlossen, die Versammlungen wieder an Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats abzuhalten. Den Arbeitsnachweis für die Zimmerer führt der Vorsteher, Kollege A. Stürmer, Cadinerstr. 15, Hof links II. Die anderen Kollegen mögen sich diese Adresse genau merken. Der Vorstand wurde mit der Anschaffung einer Bibliothek beauftragt. Die Beiträge wurden laut Statut von 60 auf 65 vereinigt erhöht.

Sagan (S i m m e r). Unserer am 18. Februar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Zur Gesetzesordnung stand: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Kollege Hoffrichter gab zunächst einen ausführlichen Jahresbericht. Nachdem erstattete Kollege Schulze den Kassenbericht, derselbe wurde von den Mitgliedern richtig befunden. Bei der Wahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen wieder best. neu gewählt: 1. Vorsitzender Urbatt, Vorsitzender Schmidt, 1. Kassierer Schulze, 2. Kassierer Häger, 1. Schriftführer Hoffrichter, 2. Schriftführer Nübel. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Kaschke und Sallge, als ausklassierer Rechner und Räuber. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen dahin wirken möchten, daß die Senenbeiträge regelmäßig abgeholt werden können zur Vergleichung der Hausschässler.

Manner.

**Steglis.** Die Zahlstelle Steglis hieß am 6. Februar ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach II. Vorsitzende über die allgemeine Lage der Gewerkschaft. Redner steht aus: die günstige Konjunktur, welche bereits im Jahre 1902 Baugewerbe einsetzte, hat sich in den letzten Jahren noch gesteigert und dazu beigetragen, daß die Fortschritte unseres Verbandes der früheren Jahre weit überhoben. Im allgemeinen kann man sagen, wo die Organisation der Arbeiter erstärkt ist, haben sich die Arbeitsbedingungen verbessert. Wenn erst doch alle Arbeiter eisern wollten, was sie täglich vor Augen haben, daß die Arbeitgeber nur dort den Arbeitern Entgegenkommen zeigen, wo sie von Organisation dazu genötigt werden, oder den Einfluß derselben fürchten haben. Die Tarif-Verträge in Berlin und Umgegend in den letzten Jahren wohl ohne Kampf verlängert worden, warum? Die Arbeitgeber hätten die Verträge nicht akzeptiert, wenn nicht die größte Mehrzahl ihrer Arbeiter organisiert gewesen wäre, oder wenn sie nicht in den Vorjahren durch Schaden (Ausfall) flug geworden wären. Der Friede im Baugewerbe kann dadurch hochgehalten werden, wenn die Unternehmer den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anerkennen. Seien wir also bei gut suchen wir unsere Verbandslasse zu stärken, damit allen Chancen in Zukunft gewachsen sind. Zum Schluß steht Redner noch: Sorgen wir dafür, daß die vielen unorganisierten Kollegen in die Reihen unserer Organisation eintreten und Interessen, sowie die Interessen der Allgemeinheit hoch halten. Der Besuch wurde dem Redner von der gut besuchten Versammlung zu teil. Bei der Wahl wurden folgende Kollegen in den Amt gewählt: Röß. Koll. 1. Vorsitzender, Koll. Stibus, 2. Vorsitzender, Koll. Höppgesch. Kassierer für Männer, Koll. Ehr. Dettenbach Kassierer für Sanitätsarbeiter, Koll. Al. Dettenbach, 1. Schriftführer, Koll. Koll. Dettenbach, 2. Schriftführer.

Dinkelsbühl. Schon lange hegten die Bauhandwerker Dinkelsbühl Gedanken, eine Zahlstelle zu gründen. Durch die Verbindung des Kollegen Sommer aus Nürnberg gelang es uns am Montag, den 4. Februar, eine Gründungsversammlung abzuhalten. einer einstündigen Rede schuldet die Rottwendigkeit der Organisation und belonte die Vorteile, welche uns die sichehe Organisation bietet. Da bereits in Dinkelsbühl der sichehe Holzarbeiterverband besteht, welcher uns sehr zur Seite stand, gelang es uns gleich bei der Gründung 22 Ausnahmen zu erlangen und am folgenden Tage noch 10, sodass wir nun 32 Mitglieder zählen. In den Vorstand wurden gewählt: Karl Mattausch, Vorsitzender, Friedrich Hofmann, 2. Vorsitzender, Richard Huber, Sekretär, Heinrich Babel, Schriftführer. Es wäre nur zu wünschen, noch die uns fern stehenden Kollegen einsehen werden, wie endig gerade in Dinkelsbühl eine Organisation der Bauhandwerker ist. Kollegen, lassen wir es darum nicht an Aussätzung und

Bötzingen. Am 8. Februar fand unsere Generalversammlung welche ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege und, stellte Bericht ab über den neuen Arbeitsvertrag zwischen Arbeitern und den Betrieben. Der Arbeitsvertrag wurde fest auf zwei Jahre (vom 1. April 1906 bis 1. April 1908) und für Männer ein Stundenlohn von 42 Pf. für Bauhilfsarbeiter p., für minderleistungsfähige Arbeiter jedoch nach Übereinkunft leiser. Der Beitrag wurde von den anwesenden Kollegen einzeln angenommen. Dieser Beitrag hat Gültigkeit für den Stadt-Bötzingen und 7 Kilometer im Umkreis. Zum Haushälterer Kollege Kopp gewählt, welcher nahm die Wahl an. Unsere Wählungsliste zählte am Schluß des 4. Quartals 64 Mitglieder, aufgenommen wurden 2. So einer Zusprache legte unser Vorstand jedem Kollegen aus dem Bezug zu schreiben, um

Die ersten drei Tage war ich mit dem Schreiben der "Bücher des Krieges" beschäftigt und habe am 1. und 2. Februar die Arbeit aufgegeben. Am 3. Februar um 10 Uhr fuhr ich nach Berlin und besuchte den Generalstab, wo ich mich mit dem Generalstab und dem Kommandanten der Artillerie befand. Am 4. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 5. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 6. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 7. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 8. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 9. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 10. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 11. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 12. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 13. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 14. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 15. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 16. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 17. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 18. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 19. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 20. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 21. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 22. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 23. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 24. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 25. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 26. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 27. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 28. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 29. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab. Am 30. Februar fuhr ich nach Potsdam und besuchte das Kommando der Artillerie. Am 31. Februar fuhr ich nach Berlin und traf mich mit dem Generalstab.

is. 1. Kassierer S. Pfaffenreuter, als 2. Kassierer H. Hei-  
ls 1. Schriftführer H. Hellring, als 2. Schriftführer  
entwieg I. Als Kreislokal würde das Lokal des Herrn  
lets J. Pfaffenreiter gewählt, und die nächste Versammlung  
würde am Sonntag, den 4. Februar statt, von da ab jeden  
zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr. Im Saal  
wurde ernannte Kollege Seeboth sämtliche Kollegen, mit der  
Leitungskollegation kräftig einzugreifen, damit sämtliche noch  
unqualifizierte hiesige Kollegen beim Verband gehörigst überarbeitet  
werden. „Wir sind immer, vorauswärts ununterbrochen!“, das sei unsere Devise.  
Dann hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung und  
mit die schöne Versammlung vom Vorstehenden geschlossen.

**Unterordnung**, den 11. Februar. Auch hier in der Klinge-  
lburgs fühlte unser Verband durch sein festes Eintritts-  
kriterium keine mehr Boden. Am Samstag haben wir  
mit Hilfe des Kollegen Brückner aus Würzburg eine Zahl  
gründet, der schon 25 Kollegen angehören. Es ist also der Ur-  
sprung. Kollegen, legen wir nun unsere ganze Kraft daran, sämt-  
liche Kollegen der Organisation hinzuführen. Um so mehr müssen  
wir ernsthaft trachten, da der sozialdemokratische Verband hier den Vor-  
schlag eines „Neukurses“ Verbands verschwacht. Zum Vorstel-  
len wie gewählt die Kollegen Brod, Geißler, Bors, St. Götz,  
Stieger, Andre, Illman als Schriftführer; zu Revisoren die Kolle-  
gen Stöttenhofer und J. Weißler. Durch seines Zusammenseins  
und kräftige Agitation wird es uns gelingen, auch in diesem Be-  
reiche Bewegung voran zu bringen, zum Gegen der Arbeiterschaft.

**Neuenahr-Aichenheim**, 10. Februar. Kurzlich hielten  
wir im „Wingerverein“ eine gut besuchte Versammlung ab.  
Als wir nur 11 Jahre alte Kollegen eingeladen hatten, stand sich  
der „Verein“ durch mit einer Anzahl seines Schlages ein. Die  
Jungen haben sich nämlich durch das unqualifizierte Vorgehen Mu-  
ller die Sympathie der Bevölkerung verloren, so daß sie  
entwegen, sich auf unserer Weise satt zu fressen. In der robusten  
Art, deren eben nur ein sozialdemokratischer Freiunterstützer

langte er Bureauwahl wie Freiheit und alles mögliche Wollte sich diese Freiheit, sich in einer freien Versammlung auszuspielen. Die richtige Antwort wurde ihm sodann auch zu in die ganze Versammlung, in der eine große Anzahl anderer außer seinen Kollegen anwesend waren, verlangten sein Muth aus dem Lokal befördert. Damit auch seine Freunde nicht über unsere Gewerkschaft informieren könnten, forberte alle auf mitzugehen, ein Beilchen, daß man die Aufklärung auf. Durch sein Auftreten in der ersten öffentlichen Versammlung in Ahtal hat Muth schon einmal der Sache der Arbeiter sehr geholfen. Statt sachlich über die gewerkschaftlichen Fragen zu reden, er geprahlte, den Bauern wolle er Parlamentarismus lehren, den Stuhl vor die Türe setzen, das Ahtal müsse eine Enghochburg werden und was dergleichen Phrasen noch dazu nicht festgenagelt zu werden, ließ er einfach die Versammlung schließen und gab den Gingefangeneten den Rat, nie eine christliche Versammlung zu besuchen! Das dieses Vorgehen Vandalenartig sei, geschahet hat und sie nun zu uns kommen, bei Stabilität natürlich. Seinen Verger gedachte er in Heimlersheim auszulassen, doch er wurde von der Bevölkerung wiedererkannt. Nachdem die Geißosen sich entfernt hatten, Kollege Lange in 1½ stündiger Rede über das Wesen, Werdigkeit und die Unterschiede der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Zu bebauern sei der Bruderkampf, jedem ihn die sozialdemokratischen Parteiführer den christlichen Gewerken aufgedrungen. Nicht die christlichen Arbeiter tragen Schuld an der Arbeiterersplitterung, sondern diejenigen, die frivole die Arbeiter zu Parteipolitischen Interessen ausnutzen wollten, der Judentum auf die Streitkräfte zu holen. Pfarrer gab seine Freude über den Inhalt der Rede und

nders her vor, daß heute ein jeder Arbeiter organisiert sein müsse, alle Stände ihre Interessengemeinschaften haben, müsse die Arbeiterschaft haben. Aber erst, wenn alle Arbeiter organisiert wären, würden die Arbeiter opponieren können. Darauf kommt jeder der Organisation beitreten, desto eher käme die Arbeiterschaft zum Ziel. Man habe im Abrial gesagt, es sei gut daß solchen Gewerkschaften festen Fuß fassen, dadurch würde baldemal die Zulässigkeit zuerkannt werden. Dieses sei ja gut und schön, aber sei dieser Standpunkt nicht, die Organisation der Arbeiter müsse aus dem Grunde anerkannt werden, weil sie heute im Wirtschaften Leben notwendig sei. (Bravo.) Zum Schluß fordete alle die es anging auf, der christlichen Organisation beizutreten, ges auch eine Reihe Kollegen sofort besorgten. Kollege Lanzte dem hochw. Herrn Pfarrer Winter für die überaus sozialechristliche Ausführungen. Mit einem brausenden Hochschlag wurde das Blatt geschlossen.

ge rous dann die so belehrende und schöne Versammlung.  
Nürnberg. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere vorherige Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Tagung erstattete der Vorsitzende, Kollege Behringer, den Bericht, woraus zu ersehen ist, daß die Mitgliederzunahme im vorausen Jahr eine gute ist. Es würden im vergangenen Jahr 17 Versammlungen abgehalten, davon zwölf ordentliche und fünf außerordentliche. Der Kassenbericht des Kassierers fand ein sehr gutes Bezeichnen werden. Die Einnahmen betrugen 54 Mfl., die Ausgaben 1620,37 Mfl., somit bleibt ein Bestand von 159,17 Mfl. Auch die Revisoren erstatteten Bericht. Es wurde dann ein Antrag gestellt, daß der Tag von 45 auf 50 Pfpg. bzw. 30 Pfpg. auf 35 Pfpg. erhöht werden soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Bauhilfsarbeiter haben sich eine selbständige Zahlstelle gebildet. Es wurde dann Kollege Onan als 1. und Kollege Walzbauer als 2. Vorsitzender gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Kleiner und als Beisitzer wurden die Kollegen und Eisner Wicht gewählt. Das Versammlungsortal wird Bäderherberge von den Mitgliedern bestimmt. Die Versammlungen finden in den Wintermonaten an Sonntagen, abends von 11-2 Uhr, und in den Sommermonaten an Werktagen statt. Im Sterbesalle wurden sechs Männer gewählt, welche Verstorbenen tragen und sechs Männer Geschäft. Für ihre Bezahlung erhält pro Mann 2 Mfl. Ferner wurde ein Antrag, daß der 1. Vorsitzende, der 1. Kassierer und der 1. Schriftführer je 10 Mfl. Gratifikation erhalten sollen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Das der Neuwahl des Bezirks hingen folgende Kollegen hervor: Georg Behringer und Anton Bodler als 2. Vorsitzender, Nicolaus Sommer und Georg Schmittlitz als 2. Kassierer, Johann Götz und Bernhard Hartmann als 2. Schriftführer. Ferner als Beisitzer die Kollegen Joseph Grupp und Friederich, als Revisoren die Kollegen Schmittlitz, Martin und Peter. Das Einlassieren wurden gewählt: für Bezirk Johann Schmidhorn, für Bezirk Steinbühl Kollege Häupl, für Bezirk Marfeld Kollege Brendel, für Bezirk Kostenhof Kollege Kleiner und für Bezirk Schwandl und Leonhart Kollege. Beim Punkt Verschiedenes dankte Bezirksvorsteher Sommer den Verwaltungsmitgliedern für ihre Liebe am Eifer zum Verband, welchen sie im vergangenen Jahr haben, sie wollen auch wieder in diesem Jahre in Freundschaft und Solidarität tun, wie es notwendig ist. Zum Schlusse Vorsitzende, Kollege Behringer, die Kollegen für ihres Ercheinen und schloß die Versammlung um 1/11 Uhr ab.

Amthal, 28. Januar. Zu unserer Generalversammlung hielt der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die jene Jahr. Sobann wurde vom Kassierer die Abrechnung von 1905 verlesen. In den Vorstand wurden gewählt: Kollegen Philipp Weisbäder als erster, Heinrich Gottfried als Vorsitzender; Kolon Stumpf als zweiter, Karl Götz als Kassierer; Ritter Wohl als erster, Joseph Geisselmann als Schriftführer. Als Revisoren Heinrich Weisbäder und Schmidt. Auf Beisetzung ist eine 1000 Schillinge zu stellen an Bezirksverein gut angenommen, möge aber am

in jeder es sich zur Pflicht mache, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es geht auch noch an jene der Kürze, welche sich unserer Organisation noch erhalten, und auch ihre christliche Weltansicht nicht offen im Wirtschaftsleben verfehlten.

**Gelsenkirchen**, 1. Februar. Am unserer Generalversammlung am 3. Februar gab zunächst der Vorstand, Kollege Scholz, einen kurzen Geschäftsbericht. Zum Jahre 1903 wurden 315 Kollegen aufgenommen, wovon 22 aus dem „freien“ Verbande und übertraten. Ausgetreten sind 12, ausgeschlossen 11. Am Versammlungen fanden statt 28 Mitglieder, 9 öffentliche und drei gemeinsame Versammlungen mit den „Freien“. Ein Kassenbericht gab der Kassierer Eigensieb. Am Einnahmen ist zu verzeichnen für die Centrale für Markteverkauf: 114,65 M. Erhalten bei der Aussperrung 4000 M. Einnahme 109,65 M. Die Ausgaben der Centrale betrugen 1901/02 M. 116, die Aussperrung 9981,11 M. Einnahme 8222,62 M. Die Einnahme der Volkskasse betrug 2286,22 M. die Ausgabe 1607,78 M. Einnahme der Hauptkasse 1104,55 M. Ausgabe der Hauptkasse 8222,62 M. Abgeltung an die freie 2871,90 M. Volkskasse 2286,22 M. Ausgabe 1507,78 M. Bestand der Volkskasse 727,44 M. Die Neubauern erstatuten den Pflanzungsricht, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Bei der vorgetragenen Wahl des Vorstandes wurden gewählt:

Vorl. 1. Gottlieb, Bismarckstr. Bonn; 2. Vorl. 1. Hether, Obenreuterstr. 18, 1. Zahl. 2. Eigensieb, Königstr. 5; 2. Scholz, Brey 1. Scholz, B. Jahr, Vereinsstr. 10; 2. Scholz, Brey. Hier nach sprach Kollege Werner in Wortum für den unteren Verwaltungsstelle und forderte die Kollegen zur Einheit, sowie zur Unterstützung des Vorstandes auf.

N.B. Da zureitende Kollegen werben, sich punktuell zu vereinen und die Versammlungen eifrig zu besuchen. Die Müdigkeit, die hier eine Zeitslang vorhanden war, muß einem jeden, frischen Gewerkschaftsleben Platz machen. Darum Pünktlichkeit und Ordnung, damit dem Vorstand keine unruhe Schwierigkeiten gemacht werden.

**Gimperfeld (Holland)**, 11. Februar. Heute tagte hier eine gesamtchristliche Versammlung mehrerer holländischer, den Zweigverein Norden angehörenden Bahnhöfen. Es waren Kollegen erschienen aus den Bahnhöfen Gimperfeld, Bockholt, Eijs, Nijmegen, Valkenburg und Mierlojen. Als Niederländer waren erschienen Herr Bisschop aus Maastricht und Bezirksleiter Lange aus Köln. Bei der Versammlung war, die Kollegen über die Interessengemeinschaften der christlichen Gewerkschaften und dem holländischen Volksbond aufzulären. Kollege Lange schilderte in ausführlicher Weise, daß die Arbeiterinteressen in beiden Staaten sich eng beziehen. Die hiesigen Arbeiter hätten zunächst ein Interesse an der Erhaltung des Arbeitsvertrittes, was die christliche Organisation auch zur Aufgabe gestellt habe, um bereitwillig die Kollegen sich dem Verbande anzuschließen zu können. Es gäbe aber auch eine ganze Anzahl Ausgaben auf kommunalem und holländisch staatlichem Gebiet, die unbedingt durch den „holländischen Volksbond“ vertreten werden müssten. Da wäre es gut, wenn die christliche Organisation ihres Verbands und des Volksbundes ähnlich unterstützen, wie in Deutschland die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine. Es habe eine Aussicht zwischen der Teilung des Volksbundes und unseres Verbandes bestanden und dabei wurden folgende Punkte in Erwägung gezogen. Erstens: das Organ des Volksbundes der „Volksbund“ wird unseren Mitgliedern für 1 Cent pro Woche zur Verfügung gestellt; zweitens: unsere Mitglieder wissen genau wie die Mitglieder des Volksbundes ein Urtheil auf die Benutzung der Reichsbauanstalt in Maastricht; drittens: der Volksbund nimmt Vorschriften auf, die wir demselben aufenden; viertens: der Volksbund veröffentlicht die Streikorte, die wir von Deutschland melden, damit nicht Kollegen aus Unkenntnis am Streiktag geladen werden; fünftens: die Benutzung des holländischen Arbeitsschutzes und sechstens: verpflichtet sich der holländische Volksbund in Holland werbend und agitatorisch für die deutschen christlichen Gewerkschaften einzutreten und zwar in allen Grenzorten und im Winter, wenn die holländischen Bauarbeiter aus den deutschen Städten zurückkehren. Um unseren holländischen Kollegen alle diese Vorteile zu verschaffen, soll unsere Centrale an den Volksbund mit direkten holländischen Kollegen, die in den Grenzorten so wie Bahnhöfen bejährt haben als Mitglieder angehören und sich direkt als Mitglied des Volksbundes sind, pro Jahr und Kopf 5 Pf. zahlen. Der hochw. Herr Bisschop aus Maastricht sprach in demselben Sinne aus. Er betonte besonders, daß dort, wo die holländische Arbeiterschaft in deutschen Städten und Orten arbeiteten, sie auch den christlichen Gewerkschaften, dem Generalverband christlicher Bauhandwerker und Bauhauptarbeiter angehören müßten und wo das Arbeitsverhältnis sei, müsse auch der Arbeiter der Organisation angehören, wenn er nicht ein Spielball in Händen des Kapitals sein wolle. Darum forderte er alle auf, sich den deutschen christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Das Ideal der Zukunft sei der internationale Zusammenschluß auf christlicher Grundlage. Das Zusammenschließen des holländischen katholischen Volksbundes und der christlichen Gewerkschaften sei auch aus diesem Grunde notwendig. Die vielen Interessen auf holländisch staatlichem und kommunalem Gebiete, auch auf geistigem Gebiete, müsse der Volksbund vertreten. Er habe in dieser hiesigen schon Große geleistet. Sollte der Volksbund aber mit Erfolg arbeiten, müßte die holländische Arbeiterschaft auch denselben als Mitgliedern angehören. In der Diskussion sprach man sich einstimmig zu einer des Referenten aus. Mehrere Mitglieder, s. B. die unverzügliche Behandlung der Beamten und die Erhöhung des Arbeitsehrengeldes der Käufe Damen zur Sprache. Auch wurde getadelt, daß für die Arbeiterschaften zu wenig Züge gegeben waren. Nach kommunistische Mitgliedschaften brachte Kollege Döring zur Sprache. Herr Bisschop wies an der Hand der Käufe Dame die Notwendigkeit des Volksbundes nach, und versprach eine Abstimmung abzuhalten, an der der Arbeiterschaftsvertretung Hermann aus Wittenburg teilnehmen sollte. Es sollte eine Einigung an die Generalversammlung gemacht werden und wenn notwendig, die Sache bei der zweiten Kammer zu vertreten. Die Arbeiter sollten evtl. Vororten mit Tag und Datum anknüpfen, denn nur mit wahrscheinlichem Material, was mit Datum angegeben werden kann, könne man aufstellen. Zum Schlusse forderte Kollege Lange alle mit den bisherigen gegen seitigen Vorurteilen zu brechen und in gegenseitiger Agitation zu unterstützen, dann würde umso eher das Ziel erreicht.

Am 18. Feb. erhielten sämtliche holländische Kollegen, die in deutschen Orten arbeiten, von den gegen seitigen Unterstüppungen des holländischen katholischen Volksbundes und unseres Verbandes Vorschläge, um wieder eine Anzahl Kollegen gewinnen für den Verband und in Bergheim a. d. Sieg sind Neuanmeldungen erfolgt. Es ist aber auch die höchste Zeit Kollegen, daß wir uns aufmachen, dieser schwierige Zeit darf nicht länger bei uns stehen. Seien wir uns um, im ganzen Lande sind die Kollegen einig, an der Agitationsarbeit während wir unzeitig und unzureichend sind. Bedenken wir, daß unser Verband circa 3000 Mark zu verlieren im Streit für uns ausgegeben hat, soll unsere Centrale den Fäusten nicht aufdrücken? Bei den Wahlen lassen wir uns nicht durchsetzen. Kollegen, auf gut Arbeit und Gott unser Verband, Gott zu tun und das ist nicht weitergehen.

**Wuppertal**, 14. Februar. Verschiedene Male hatten wir schon darüber darüber Ratschläge eingeholt, um Staffellauftragung et cetera zu erledigen und nun der Vorsitzende übernahm seine Befreiung und schrieb endlich an: „Sehr lieber noch zwei Schriftführer, die mir und empfohlen muss mit „christlicher“ und „christlicher“ Gewerkschaften einen neuen Arbeitsplatz für mich gefunden haben.“

Hiermit nach § 16a des Statuts ausgeschlossen, er hat die Buchstaben 47/200. Es geht dieser Vorwurf aber, wie sich jetzt Elemente in die Bewegung hineinschmuggeln, die moralisch unverträglich sind und aus dem Namen der Partei herausheben. Es ist uns dieses eine heilsame Lehre sein. Zum 1. Kassierer haben wir nun Kollegen Jos. Euba gewählt. Hoffen, wie sie unsere Sache mit Kraftig und vereint, und wie werden auch Erfolg haben.

**Osterfeldburg**, Am 1. Februar fand hier eine gut besuchte öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Kollege Koch aus Danzig sprach in ausführlicher Weise über das Thema: „Was kann organisiertes Volk aus und kommt Christlich?“ Einleitend erinnerte Meister daran, daß sich heute die verschiedenen Stände des klassischen Staatsbürgers organisierten und bewirkt so recht Überzähler. Ich hätte der erste und wichtigste der sozialen Wissenschaft, „der Mensch ist ein soziales Wesen“, er hat einen angeborenen Willen zur Vereinigung, und im Zusammenhang findet er seine Vollendung und den Schutz, dessen er bedarf. Besonders der Deutsche sei stets diesem sozialen Grundsatz gefolgt und das Christentum habe demselben Weibe und Kraft gegeben. Selber wurde über dieser edlen natürlichen Zug durch Anstrengung durch falsche Spannung über Eltern, durch Tugend, Unkeimnis und Stumpfum Ersatz und so erklärte es sich, daß auch heute noch, wo doch die Organisationen der Arbeiter schon so vieles geleistet hätten, es Arbeiter geben, die den alten überholten Unruhen einhaften nachschwanken, die Organisation habe keinen Zweck. Darauf deklarierte Meister die hohe Wichtigkeit und den Wert der Arbeitersorganisation und forderte die sämtlichen Bauhandwerker auf, sich dem Verbande anzuschließen, damit nur als ein geschlossenes Ganzen würden die Osterfeldburger Kollegen die 12ständige Arbeitszeit befreien und die sozialen Löhne erhöhen können. Darauf ging Meister auf die diesjährige Lohnforderung ein und gab bekannt, daß der Vorstand des christlichen Verbandes im vergangenen Herbst eine Lohnforderung eingereicht hatte, da aber die Herten Arbeitgeber bis vor kurzem sich noch nicht gemeldet hatten, habe der Vorstand auf Verlangen der Mitglieder noch einmal bei den Unternehmern angefragt, ob sie die gestellte Lohnforderung anerkennen wollten. Darauf sei die Nachricht gekommen, daß die Arbeitgeber wohl mit der Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde zufrieden seien, jedoch wäre es ihnen nicht möglich, Stundentabelle und überhaupt Mindeststundene festzulegen. Darauf erklärte Kollege Koch: daß die Osterfeldburger Kollegen noch bis dato einen 12-Stundentag arbeiten und sich mit einem Tagelohn von 3,30 bis 3,60 M. aufzuhören geben müssten, haben sie sich selbst anzuschreiben, würden sie sich zusammen schließen und zwar sammelnd sondern, dann wäre dies bald abgeschlossen. Die Arbeitgeber hätten bisher bei den Tagelohnen, die sie im Herbst und Frühjahr und überhaupt, wenn die Konjunktur schwach wurde, ganz nach ihrem Belieben noch erheblichkürzen, schon verdient, und daher wollten sie diese sette Sache nicht fliegen lassen und auf Stunden und Stundentabelle nicht eingehen. Zum Schlus erinnerte Meister die sämtlichen Kollegen und forderte sie auf, sich dem sozialen Verbande anzuschließen, damit wenn die Kollegen geschlossen dastünden, dann wäre, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, daß, was im Ende nicht zu erreichen sei, mit anderen Mitteln zu erzielen. Meister befahl schließlich den Meistern. Nach einer lachenden Diskussion ließen sich mehrere Männer in den Verband aufschreien, worauf die Versammlung geschlossen wurde. N. B. Kollegen von Osterfeldburg! Lasset endlich eure alte Schlafmillsigkeit fallen und wacht auf. Bedenkt, wie sehr ihr darunterliegt. Lange Arbeitstag, erbärmliche Löhne, mangeler Arbeiterschutz u. s. w. Wie sehr die Unternehmer eure Gleichgültigkeit ausbeutet, das kann ihr sehen, wenn ihr euch mal fragt, wo bleiben unsere Dötzen (Großchen), die seit Gründung der Bau-Sinnung zu Osterfeldburg (im Januar 1903) alle 14 Tage eingezogen werden? Laut § 47 des Statuts der freien Baugewerkschaft für das Maurer- und Zimmerer-Handwerk zu Osterfeldburg werden auch zur Deckung der Unkosten für das Herbergswesen pro Woche 5 Pf., oder alle 14 Tage ein Dötschen abgezogen. Darauf haben die Innungsmäster für jeden wenigstens 4 Wochen beschäftigt Gelehrte jährlich 20 Pf. als Beitrag zu entrichten. Euch ist das Geld seit 1903 abgezogen, ob die Unternehmer gezahlt haben, wisst ihr nicht. Gezahlt zur Deckung irgend welcher Unkosten ist bis jetzt noch nichts. Fragt mal, wo steht das Geld, wieviel ist da? Von allen diesem wisst ihr nichts. Als Einzelner könnt ihr in dieser Beziehung nichts und mit dem bisherigen Murren und heimlichen Schimpfen ist auch nichts geholfen, deshalb vereinigt euch, damit der Verband für euch eintritt und eine Sache erstellt.

**Welsenthal**, Am 14. Februar hielt wir in der Wirtschaft des Herrn Johann Schäfer die erste Versammlung ab. Es waren ca. 30 Kollegen anwesend, die sich sofort dem Verbande anschlossen. Die Bahnhöfe wurde sodann gegründet. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Daniel Schäfer Steinhauser 1. Vorsitzender, 2. Wilhelm Kleiss 2. Vorsitzender, 3. Jakob König 1. Kassierer, 4. Jakob Monath 1. 2. Kassierer, 5. Johann Schäfer 1. Schriftführer, 6. David Klemig 2. Schriftführer, 7. Wilhelm Dohn und Karl Schwender zu Steuern. Als Beisitzer D. Wiedrich und D. Monath. Es fand sodann am 17. Februar die zweite Versammlung statt, in welcher Verbandssekretär Bernatzit einen sinngreichen Vortrag über die Gewerkschaften in Deutschland sowie auch über das eigene Verstreben und Zusammenwirken des Verbandes hielt. Kollege Dachow von Kaiserslautern wirkte ebenfalls eifrig für das Verstreben und Wachsen des Verbandes. Die nächste Versammlung findet bei Herrn August Erb statt und zwar am 4. März, Nachmittag um 4 Uhr.

**Danzig**. Unsere Verstärkung in Nr. 6 der Baugewerkschaft auf die Stelle von hier, die in Nr. 4 des „Grundsteins“ veröffentlicht wurde, scheint den Danziger Grundsteinbesitzer ganz nervös gemacht zu haben. Denn in Nr. 8 des „Grundstein“ befindet sich eine Erwiderung auf unsere Verstärkung, die gerecht geweist erregen läßt, ob der „Genoss“ Grünhagen noch geistig normal ist. Auf unsere Verstärkung selbst geht der gute Mann aus Klugheitsgründen nicht ein, umsonst legt er sich aus der Verbrechen und Verläuden. Wir wurden auf das Geschäft aus, daß nicht einem Dünthausen aus dem Westerlande das Graf empfehlen kann, nicht eingehen, wenn der gute Mann, der sich wirklich noch in Gegenwart unseres Vorsitzenden ob seiner großen Eigenschaftigkeit drückt, ja hell aufzubellen, als er seine Eigentümlichkeit schilderte, nicht unsere Kollegen weiter zu verläudnen sucht. Der „Moralität“ schreibt: Der Unternehmer Wohaupt hätte auf einen Neubau seine Genossen entlassen und darauf hätten die „christlichen“ sofort den Bau besetzt. Zum Dank dafür hätte aber der Unternehmer den Grünhagen am 10. d. M. vom Lohn abgezogen, weil sie angeblich zu wenig geleistet hätten. In Wirklichkeit liegt die Sache so: Erstens arbeiten auf genanntem Bau nicht nur „christliche“ sondern auch Note. Zweitens wurde den Christlichen nicht 8 Pf. aufgezogen, sondern 5 Pf. und zwar deshalb: Unsere Kollegen, die dort im Amt ruhen, hatten am 9. und 10. d. M. also Freitag und Samstag nicht gearbeitet und daher behielt der Unternehmer bei der Lohnabzahlung 3 Pf. zurück mit der Motivierung, er müsse eine kleine Sicherung haben sonst könnte es vorkommen, daß der Eine oder Andere sein Geschäft nähme und adlig ohne das etwas davon wüßte. Allerdings waren auch unsere Kollegen nicht damit zufrieden und erhielten auch bei der nächsten Lohnabzählung die drei Pf. mit ausbezahlt. Nur das übrige Gefälle gehen wir nicht ein mit der Berechtigung, wer Dreck ansieht bedenktigt ist.

**Öberbrechen**, Am Sonntag, 18. Februar, fand hier eine öffentlich christliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in der Kollege Schäfer-Krämer darüber berichtete, daß während die Gewerkschaften referierten. Er wies darauf hin, daß sowohl die christlichen Gewerkschaften bestanden, die freien Gewerkschaften viel mehr gewerkschaftliche Arbeit geleistet haben, da unsere Gewerkschaft auf christliche Gewerke ausführlich eingegangen war. Seine Rede habe für die Gewerkschaften in ganz Deutschland und die christlichen Gewerkschaften und große Vororte sehr zu verzeichnen. Unsere Gewerkschaften seien die einzigen auf christliche Grundlage. Mit dem Gewerkschaftsmaut und gewisse neuen Mauteien gleichzeitig aufgeworfen und deren Belastung. Am Ende wies Meister darauf hin, daß eine große

und wirkliche Vertretung aller Arbeiter nur in der christlichen Gewerkschaft zu finden sei. Der Erfolg war, daß eine Bahnhöfe von 12 Kollegen gebildet werden konnte. Als Vorsitzender wurde Jakob Wix, als Kassierer Jakob Wix gewählt.

N. B. Es sei hierzu bemerkt, daß seit dem Jahre 1903 hier stets im Winter Versammlungen abgehalten wurden, aber immer ohne Erfolg, bis sich einige Bahnhöfe die Mühe haben und die Bahnhöfe betrieben. Es ist eine traurige Tatlage, daß gerade Oberbrechen, wo circa 800 Bauhandwerker sind, so schwer für die Gewerkschaft zu haben ist. Es gibt die Altkord-Scholzen, welche ihr Altkord in Altkord und in 12ständiger Arbeitszeit stehen. Mögen nur die Kollegen dort mit eistem Lust und Energie dazu beitreten, daß die Bahnhöfe so ausgebaut wird, wie sie sein muss.

**Mülheim**. Der Wochenholt die Ehre. Mit diesen wenigen Worten machte Behrens vom freien Maurer-Verband einen grossen Vortrag in der Nummer 2 des „Grundstein“. Er erwähnte ebenfalls bestens:

I. Der Obengenannte ist bei Verhängung der Baupolizei nicht hier gewesen, er will sich also auf die Berichterstattung beschränken. II. Beschleunigt der Einfluss, daß die Baupolizei eine sogenannte Gesetzlosigkeitssperre, und daß die Baupolizei nach Lage der Sache ungerecht war.

III. Kann ich ausspielen, daß die „Streikbretter“ eines Betriebs nach wie vor einer Mitglieder gewissen sind, wenigstens ist mir dasselbe von einem bestens gesagt worden.

IV. Ist denn der Berichterstatter so naiv, zu glauben, daß die Baupolizei die Berichterstattung halten, den „überzeugten“ Mitgliedern des freien Verbandes sich an die Angabe zu hängen und dieselben zu bestrafen vor jeder Unnachgiebigkeit, die mutwillig begangen wird?

Ich gebe dem Kollegen Behrens zu verstehen, daß der Ballen, den er in den Augen anderer sieht, jedenfalls nicht mehr Schmerzen verursacht, als der Splitter, der bei ihm einmal tiefer sitzt, wir sind redlich bemüht, unsere Fehler zu befechten, möge dieses der Berichterstatter des „Grundstein“ ebenfalls sein, besonders bezüglich der Wahrheit, die er ja gepackt haben will.

Albert Walter - Ruhrohr.

**Gelsenkirchen**. Der durch den Streik im Jahre 1904 geschlossene Vertrag erreicht am 31. März d. J. sein Ende. Im Januar d. J. reichten die Männer und Zimmerer den Arbeitgebern einen neuen Vertragsentwurf ein, in welchem ist 1904 45 Pf. und für 1907 47 Pf. und 10 stündige Arbeitszeit gefordert wird. Eine ganz neue Forderung ist, sobald dem Schreiber bekannt, gestellt worden, daß bei allen Bauausführungen, wo mehr als fünf Gesellen beschäftigt werden, ein alter Geselle in Arbeit genommen werden soll. Diese Forderung ergibt sich aus dem Umstande, daß ältere Gesellen bei dem vielen Angebot von jungen Arbeitern fast garnicht mehr Arbeit erhalten und der Arbeiterverband zur Last fallen. Wirklich eine gerechte und soziale Forderung. Den Arbeitgebern soll laut Vertrag gestattet sein, älteren schwachen Gesellen den Lohn nach freier Vereinbarung zu zahlen. Am 8. Februar fand die erste gemeinsame Sitzung mit den Arbeitgebern statt, zu welcher auch der Kollege Haase auf Wunsch der Kollegen erschienen war, aber von den Arbeitgebern, besonders von Herrn Werner, der im vorigen Jahr fast gar keine Gesellen beschäftigte, abgelehnt wurde, weil man nur mit „seiner“ Leuten verhandeln will. In den meisten Punkten kam eine Einigung zustande, nur in der Lohnfrage und der Beschäftigung älterer Gesellen nicht. Die 10 stündige Arbeitszeit ist angenommen worden. Beide Parteien wollen nun von ihren Mitgliedern weitere Vollmachten einholen und alsdann wieder zusammentreten. Zu der am 11. Februar tagenden Mitgliederversammlung erhielt die Baukommission Bericht und erließte man derselben weitere Vollmachten, so daß zu hoffen ist, daß, wenn seitens der Arbeitgeber auch ein Streitgegenstand gezeigt wird, bald eine Einigung zustande kommt. Am Stelle des Kollegen Wardynski, der zu einer militärischen Übung eingezogen wird, ist der Kollege Wilhelm Kühn in die Baukommission gewählt. Weitere Kollegen (Maurer) ließen sich aufnehmen. Hierbei müssen wir aber unter Bedauern aussprechen, daß, wo die Maurer fast alle im Verbande sind, die Zimmerer so wenig Verständnis dafür zeigen. Kameraden, wacht auf und erleichtert die Verhandlungen, indem ihr durch den Beitritt beweist, daß die gestellten Forderungen auch die ewigen sind! Viel mehr kann dann für euch erreicht werden.

**Selm**. Am 11. Februar hielt unsere Bahnhöfe ihre erste Generalversammlung ab. Nach der Eröffnung der Versammlung, die gut besucht war, gab der Kassierer einen ausführlichen Bericht über das Gewissen. Warum wird derzeit nicht mitgeteilt? D. R. Nachdem derselbe von den beiden Reviseuren als richtig befunden wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf ging man zur Vorstandswahl über. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege W. Schwente, als 2. Vorsitzender W. Böcker, als 1. Kassierer Frz. Böcker, als 2. Kassierer Frz. Dreistemberg, als 1. Schriftführer Frz. Broicherhaus, als 2. Schriftführer H. Overheil und als Revisoren A. Böcker und H. Blenter gewählt. Die Kollegen nahmen alle dankend die Wahl an und versprachen ihre Pflichten dem Verbande gegenüber treu zu erfüllen. Unter verschiedenes regte Kollege Schwente an, hier in unserer Bahnhöfe eine Bibliothek zu gründen. Der Vorschlag wurde von den Kollegen einstimmig angenommen. Sodann wurde beschlossen, die Haussäferung einzurichten und wurde Kollege Frz. Dreistemberg mit diesem Posten betraut. Ebenso wurde beschlossen, daß jedes Mitglied jeden Monat 10 Pf. zum Haussäfer zu zahlen habe; ferner, das alte Verbandslokal beizubehalten. — Kollege Schwente hielt noch einen kurzen gediegenen Vortrag über die Aufgaben der Organisation. Er betonte besonders, daß ein jedes Mitglied, welches glaubt, wenn es seine Beiträge entrichtet, seine Pflicht erfüllt zu haben, im Irrtum sei. Die Versammlungen eifrig zu besuchen, das sei die erste Pflicht des Mitgliedes, ferner, daß jeder Kollege ein eifriger Agitator sein müsse, denn es wären noch so viele Indifferente hier im Ort die unbedingt, wenn man Einigung erzielen möchte, alle ohne Ausnahme dem christlichen Verband beitreten müssten. Der Vortrag rief eine lebhafte Debatte hervor, und wird wohl fest die Folge ein regeres Verbandsleben sein.

**Schermbeck**. Sonntag, den 18. Februar, fand hier eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Haase (Böken) war zu derselben erschienen und referierte über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Auch wurde beschlossen, den Arbeitgebern einen Vertragsentwurf mit einer Lohnforderung von 40 Pfennig und 10 stündige Arbeitszeit für Maurer und Zimmerer zu unterbreiten. Bis jetzt gab es im Sommer 35—36 Pfennige bei 10 stündiger Arbeitszeit. Im Herbst und Frühjahr allerdings bedeutend weniger. Als ob zu dieser Zeit die Stunde keine 60 Minuten hätte. Die Meinung war allgemein, daß diese Zustände nur durch die Organisation und einen Vertrag abgeschafft werden können. Gestagt wurde über die Kollegen, die aus Niedersachsen nach Schermbeck zur Arbeit kommen und bei Baumeister Hartmann für 30—32 Pfennige die Stunde arbeiten, dem Verband aber nicht beitreten. Diese Kollegen hielten dem sozialen Anspruch: „Es ist soviel zu viel.“ Es sind dieses derselben Elemente, die in Größ 1904 während des Streites gegen

Mr.

der Bauhandwerker und Bauhelfsarbeiter ab. Diese Versammlung war gut besucht, auch waren die Genossen vertreten. Nachdem der Vorsitzende unserer Zahlstelle in Berghausen die Versammlung eröffnet hatte, erzielte derselbe dem Kartellvorstand den Kollegen Gutting aus Speler das Wort. In klaren Worten erläuterte derselbe, daß heute kein Arbeiter mehr ohne Organisation imstande wäre, seine vollberechtigten Interessen zu wahren, und es Pflicht eines jeden christlichen Arbeiters sei, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nach den schönen Ansführungen des Kollegen Gutting suchte der Genosse Kämpf, Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes, durch einen kläglichen Wortschwall die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verherrlichen. Religionsfeindlichkeit, Terrorismus waren Erfindungen, die die bösen Christlichen ihnen anhängen wollten, die Christlichen seien ja überhaupt zu nichts unzige. Als der erste Redner dem Genossen nun Beweise von Religionsfeindlichkeit und Terrorismus seitens der Genossen beibrachte, andererseits auch bewies, wie die christlichen Organisationen im Interesse der Arbeiterschaft wirkten, versteckte sich der Genosse hinter die faule Ausrede, er hätte sein Material vergessen, sonst würde er es unseren Freunden mal zeigen! Er hätte besser getan, „Ich hab' mich ergeben“ zu singen. Am Schlus der Versammlung traten sofort sieben Kollegen vom sogenannten „freien“ Verbande zu uns über, und drei bisher Unorganisierte ließen sich ebenfalls aufnehmen. Nun werden die Kollegen von Dudenhausen ja auch wohl so nach und nach einschauen, wo sie hingehören und erkennen, daß es die christlichen Gewerkschaften sind, wo jeder christliche Arbeiter wahrhaft frei für die Interessen seines Standes eintreten kann. Datum muß jedes Mitglied weiter energisch in die Agitation eintreten mit der Devise: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

**Oliva.** Am 11. Februar fand unsere Generalversammlung nebst Neuwahl des Vorstandes statt. Als Einleitung zu dieser erwähnte der Vorsitzende das erfreuliche Wachsen unserer Zahlstelle, fügte aber hinzu, daß der Versammlungsbefund dementsprechend in seinem Verhältnis stände. Er stellte fest, daß 27—30 Proz. der Mitglieder nur die Versammlungen besucht hatten. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden wiedergewählt: Kollege Schmal als erster Vorsitzender, Kollege Ewald als Kassierer, Kollege Matroodi als erster Schriftführer, Kollege Krubull als zweiter Schriftführer, die Kollegen Hirsch, Heckendorf und Marschall als Haushälter. Neugewählt wurden: Kollege Blentowski als zweiter Vorsitzende, die Kollegen Hallmann und Rotta als Kartelldelegierte, die Kollegen Kalisch und Borchert als Versammlungskontrolleure. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die Kassenabrechnung ergab den Bestand der Volkskasse mit ca. 118 Mark. Die ganze Einnahme betrug 1900 Mark, wovon 1700 Mark zur Hauptkasse abgeführt sind. Die Mitgliederzahl ist von 110 auf 190 gestiegen. Dem Kassierer wurde Enthaltung erteilt. Sobann nahm der Vorsitzende Kollege Schmal das Wort und hob hervor, daß zurzeit noch große Misstände im Baugewerbe herrschen und diese abzuschaffen ist das Bestreben des Verbandes. Darum müssen alle ohne Ausnahme bemüht sein, jeden Indifferennten in den Verband hineinzubringen, aber auch selber fleißig die Versammlungen zu besuchen, damit wir die Mittel und Wege kennen lernen, die zum Ziele führen. Im Anschluß hieran beantragte der Vorsitzende, daß einigen Kollegen für fleißige Agitation ihre hierfür gehabte Unkosten ersetzt würden, was auch bewilligt wurde. Dem Vorstand wurde für seine gehabte Mühe 20 Mark bewilligt. Kollegen! Es sind noch viele unter uns, die da meinen, wenn sie nur ihr Verbandsbuch in der Tasche führen, so ist's schon genug. Die Versammlung wird nicht gemacht, wenn ein Vergnügen zu beschließen ist, sonst tut's ja nicht not, daß man da ist. Da wird ja nur von Krankenkassen u. a. m. gesprochen, was uns doch nicht interessieren kann. Ja, gerade solche Themen müssen erörtert werden, weil solche in erster Linie uns angehen und Nutzen verschaffen können. Ihr wißt Kollegen, daß freiwillig keiner uns was zusteht, darum müssen wir gemeinsam beraten, beschließen und fordern. Darum ermannt euch und besucht fleißig die Versammlungen, es ist ja nichts schweres, alle 14 Tage einen Abend dem Verbande zu opfern, wo man die Gewissheit hat: „Für uns wird hier beraten.“

Berlin. Am 8. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der Kassierer erstattete zunächst den Vierteljährbersicht. Derselbe weist eine Einnahme (mit Bestand vom 3. Quartal) von 11 035,80 M<sup>l</sup>. auf, demgegenüber steht eine Ausgabe von 3872,31 M<sup>l</sup>. Bleibt Bestand für die Lokalkasse 7163,29 M<sup>l</sup>. Alsdann wurde die Jahresabrechnung bekannt gegeben. Der Bestand vom Jahre 1904 betrug 7306,98 M<sup>l</sup>. Einnahme pro 1905 19 832,18 M<sup>l</sup>. Summa der Einnahme 27 199,16 M<sup>l</sup>. Die Ausgabe betrug 20 035,87 M<sup>l</sup>. Mithin bleibt Bestand für die Ortsverwaltung 7163,29 M<sup>l</sup>. Die Medisoren bestätigten, die Kasse sowie Marken geprüft zu haben und es sei alles in bester Ordnung vorgefunden worden und beantragten, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was von der Versammlung angenommen wurde. Alsdann erstattete der erste Vorsitzende den Jahresbericht und führte an: Es haben 32 Mitglieder- und 5 Generalversammlungen gefagt. In den Generalversammlungen hatten wir uns meistens mit der Ausspezung zu befassen und die Beschlüsse, die gefragt werden, müssen auch von den Kollegen respektiert werden. Ferner habe vor jeder Versammlung eine Vorstandssitzung stattgefunden, wo über verschiedene Angelegenheiten beraten wurde. Eine Aufnahme von 240 Kollegen haben wir zu verzeichnen. Davon sind 83 aus anderen Verbänden übergetreten. In Charlottenburg ist eine Zahlstelle gegründet worden, welche sich gut entwickelt habe. Jedoch haben uns auch viele Kollegen wieder den Rücken gelehrt, was auf die Terrorisierung seitens des Centralverbandes der "Freiorganisierten" zurückzuführen ist. 12 Kollegen haben die Arbeitsstelle verlassen müssen, weil dieselben aus dem Verbande, dem sie ihrer Überzeugung nach angehörten, nicht austreten wollten. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt außer Kollegen Spiller, welcher neu gewählt wurde. Die Gewählten nahmen ihr Amt dankend an. Es wurde festet angesetzt, daß am 18. Februar eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Berlin stattfindet, wofür wir zwei Delegierte zu entsenden haben. Die Kollegen Franz Bösch und Gottlieb Müller wurden als solche gewählt, wo angeblich auch der Ortsvorstand teilnehmen kann. Kollege G. Müller beantragte dem Vorstand für seine Tätigkeit eine Entschädigung zu gewähren. Es wurden dem Kassierer 150 M<sup>l</sup>, dem ersten Schriftführer 50 M<sup>l</sup> und dem ersten Vorsitzenden 25 M<sup>l</sup> zugesetzt. Ferner wurde beschlossen, um Teilnehmern an den Vorstandssitzungen 50 Pfg. für die Sitzung zu gewähren. Auch wurde angeregt, den übrigen Vorstandsmitgliedern etwas zu vergütigen, dieses wurde zur nächsten Versammlung aufzugestellen. Kollege Götzburg erinnerte die Kollegen darüber die Heimarbeiterausstellung schloss, für Mitglieder der Gewerkschaften sowie deren Angehörigen in der Zeit vom 1. Alsdann wurde die geforderte Versammlung aufgestellt. Nach auf das Blühen und Gediehen der christlichen Gewerkschaften geschlossen.

gewerkschafts (Gewerkschaften). Die Kollegen (Walter und Zimmermann) haben schriftlich die im II. S. gestellten Forderungen (22 S.) einverstanden und 10 jährige Arbeitszeit nebst den Nebenzulagen hier unten gestellt. Ein d. S. müsse von einer Einigung der Gewerkschaft Abstand genommen werden, weil die Gewerkschaft jedoch eine Verbindung dem "freien" Berbunde, der jeder Gewerkschaft obliegt, hat, was aufs äußerste unzulässig, dafür muss zwischen Berbund und Gewerkschaft des Jahres auf das ursprüngliche bestehende Verträge Schiedsgericht und Schiedsgericht u. j. m. Es führen nun in diesem Jahr, dass kein Gewerkschafts-Berbund besteht, das nicht geschahen soll. Ein Berbundsschiedsgericht habe noch dort länger bestehen als geübt ist, und werden wir weiterarbeiten. Der jetzt reichen bis zum 2. September keine Forderungen vor, so kann ich es befürchten, dass die Arbeitgeber einen anderen Gewerkschafts-Berbund bilden. Ich kann natürlich eine gewisse Zeitlang weiterarbeiten, bis es mir gelingt, eine andere Gewerkschaft zu finden, mit der zusammenzuschließen. Wenn

statt, an welcher Kollege Kowalczik Wosni als Vertreter des Bezirksvorstandes teilnahm. Gegen die Lohnforderung zeigten die Arbeitgeber keine Bedenken und kam man in 8 Punkten des Vertragsentwurfes zu einer vorläufigen Übereinstimmung. Der Widerstand der Arbeitgeber war gegen die Abschaffung der ersten Stunde, dann die wöchentliche Lohnzahlung und der geforderte Mindestlohn für Junggesellen und altersschwache Gesellen. Auch haben die Arbeitgeber den Wunsch gekürt, einen Vertrag über den ganzen Innungsbezirk zu schließen und wollen dieselben, die Vertreter der einzelnen Innungsgruppen zur nächsten Verhandlung einladen. Uns kann dieses nur angenehm sein, weil unsere Kollegen in noch 3 Orten des Innungsbezirkes Forderungen gestellt haben. Von der Verhandlung mit den Arbeitgebern ist noch weiter zu berichten, daß nun die Bimmerer von der Vertragsabschließung ausscheiden will, da nicht genügend organisiert sind. Wieder das alte Bild, wegen mangelhafter Organisation sollen die Bimmerer zurückbleiben. Kameraden, wie lange wollt Ihr Euch den Vorwurf der Rückständigkeit, sogar von den Arbeitgebern sagen lassen? bedenkt doch, daß der Industriekonservatismus ein Hemmschuh jeden wirtschaftlichen Fortschrittes auch der anderen Berufsarbeiter ist. Tretet daher Mann für Mann sofort noch in letzter Stunde dem Verbande bei. Was Ihr jetzt verfaulten würdet, könnte in absehbarer Zeit nicht wieder eingeholt werden. Auf der Mitgliederversammlung am 11. Februar, nach einem Referat des Kollegen Hasse und Aufnahme von 18 Bimmerern, erstattete die Lohnkommission Bericht. Derselben wurden weitere Vollmachten erteilt und das Vertrauen in sie gesetzt, so viel als möglich für die Kollegen heranzuschlagen. Zu bemerken ist noch, daß die Arbeitgeber von jedem Mitglied eine Unterschrift fordern, angeblich als Ausweis, daß die Kommission Vollmacht von ihnen hat. Hoffen wir, daß in Friede und Einigkeit ein Vertrag zustande kommt, der beide Teile befriedigt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mogilno gehört auch zum Innungsbezirk und möchten wir an dieser Stelle die Mogilnoer Kollegen auffordern, sich sofort unserem Verbande anzuschließen, wenn sie nicht von dem Vertrag ausgeschlossen sein wollen, der für den Innungsbezirk in Aussicht steht.

**Index.**

Berlin V. Am Mittwoch, den 21. Februar, hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche leider schwach besucht war. Es gab der Vorsitzende Kollege Begoll einen Überblick vom verflossenen Jahre, woraus zu ersehen war, daß seit Gründung unserer Zahlstelle 23 Mitglieder- und 1 Generalversammlung stattgefunden hat. In 15 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Mitgliederzahl ist von 13 auf 91 Kollegen gestiegen. Ferner gab der Kassierer Kollege Schulz den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 150 27 M<sup>r</sup>. aufweist, ein gutes Resultat. In Extrabeiträgen für die ausgesparten Kollegen im Ruhrgebiet sind 502 M<sup>r</sup>. geleistet worden. Hierauf wurde der vom Vorstande gestellte Antrag, die im Paragraph 25 des Statuts angeführte Kranken-Unterstützung in den beitragsfreien Monaten weiterzuzahlen, jedoch nur an solche Mitglieder, welche 80 Wochen-Berichte, davon 10 Wochen in der Betriebsstelle Berlin V bezahlt haben, desgleichen der Zuschlag zur Streik- und gemäßigten Unterstützung in Höhe von 2 Mark ebenfalls nur an Mitglieder zu zahlen, welche 40 Wochen in unserer Sektion geleistet haben, diskutiert und von der Generalversammlung gutgeheissen und einstimmig angenommen. Als dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Kozłowski, als 2. Kollege Krause; als 1. Kassierer Kollege Jäger, als 2. Kollege Engler; als Schriftführer Kollege Rau, als 2. Kollege Guschin; als Revisoren wurden die Kollegen Schulz und Heinrich Kümpfe gewählt; sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Als nach die verschiedenen gewerkschaftlichen Punkte erledigt waren, schloß der Vorsitzende, Kollege Kozłowski mit einem dreifachen Hoch auf das Gedanken und Blühen der Zahlstelle Berlin V die Versammlung. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 7. März statt. Der Vorsitzende Kollege Kozłowski wohnt Königsberger Straße Nr. 30.

Steinhauer.

**Aus der Pfalz.** Da die Kollegen in der Pfalz in einzelnen Kreisen mit Forderungen an die Arbeitgeber herangetreten sind, worin unverkennbar die Einführung des Stundenlohnes verlangt wurde, so ist diesbezüglich in Pirmasens Unterhandlungen stattgefunden worden, diese aber gerade an der Aenderung des Systems gescheitert. Fand auf Veranlassung der Pirmasenser Unternehmer am 3. Februar in Neustadt a. Hardt eine Unterhandlung mit dem Kreis-Gerband pfälzischer Baugewerke statt. Das Interessanteste an diesen Verhandlungen war, daß der Kreis-Gerband den roten „Vertrag“, der hinter unserm Rücken voriges Jahr in Kaiserslautern geschlossen wurde, als das „beste System“ ansah und ihn für die ganze Pfalz eingeführt haben wollte. Da auch der Verfasser dieses Beitrages, „Genosse“ Frantz, Mannheim, bei der Unterhandlung zugegen war, hatte man das Vergnügen, dessen Stellung hierzu kennen zu lernen. Er bekämpfte seinen eigenen Vertrag, nannte ihn einen „Muß-Vertrag“, unfehlbar u. a. m. Er ist dabei so sehr in die Höhe gekommen, daß ihn der Vorsitzende des öfters auf die Tagesordnung ehemals machen mußte und ihn bat, er möge nicht so sehr lange reden und durch das Wiederholen des schon oft Gesagten die Anwesenden nicht langweilen. — Da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt verhärteten, machte Kollege Brendel den Vorschlag, daß die Unternehmer bei Afferd einen Stundenlohn garantieren sollen. Dieser Vorschlag wurde aber von den Genossen bekämpft mit der Befürchtung, sie hielten am Stundenlohn fest. Somit ist die Auseinandersetzung resultlos verlaufen und nur dem Eingreifen unseres Beraters ist es zu verdanken, daß man sich auf eine nochmalige Verhandlung einigte. Das Merkwürdigste bei der Sache ist, daß „Genossen“ schäfliche Zunft der Welt einmal ausgedacht worden ist. Zuerst schließen sie für die Arbeiter einen schlechten, für den Arbeitgeber einen um so besseren Vertrag ab, und später kämpft man dann das „Unikum“, wie die Meister sagen. Dabei räumen sich die „führenden Genossen“ auf eine Sache fest aus Versehen und bringen damit bald die ganze Sache zum Scheitern. Da wagen bei den Kollegen sagen sie dann mit geschwellter Brust, wir sind die richtigen Arbeitervertreter! O, diese Gauler! Orientierung über das „Unikum“ von „Genossenvertrag“ lassen wir einen Bassus folgen. Er lautet: „Der ausscheidungener Stofflohn ist auf dem Arbeitszettel zu vermerken und so hoch zu bemessen, daß ein tüchtiger Steinhauer, der nach Stütze selbstständig arbeiten kann, einen Durchschnittslohn von 56 bis 57 Pfennigen pro Stunde verdient“. Zu diesem roten Preiselbalg kann man mit Recht sagen, er hat weder Kopf noch Fuß, ist weder Fisch noch Fleisch. Daß solche „Leistungen“ von „Genossen“ aber erschwerend wirken müssen, wenn man etwas Verwertiges schaffen will, wird den Kollegen verständlich sein.

# Bauhilfsarbeiter.

**M. Gladbach.** Zur Länge der verflossenen Woche hat sich am  
Neubau Abraham eine Angelegenheit zugetragen, aus der man  
einfalls wieder einen Streitpunkt der Christlichen heraustrüfteln  
wollt. Um nun der Sache gleich die Späke abzubrechen und unseren  
Lesern zur Aufklärung, sei folgendes mitgeteilt. Am Samstag,  
17. Februar, wurden am Neubau Abraham, der von der Düssel-  
dorfer Allgemeinen Hochbaugesellschaft ausgeführt wird, 7 Bauhilfs-  
arbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen, doch waren  
dieser wegen befand sich nach der Vorjagende des sozialdemokr. Bauhilfs-  
arbeiter-Bundes. Hier galt es nun, eine Maßregelung heraus-  
zufinden und dieses ist dann auch am Montag gelungen.  
Die übrigen Bauhilfsarbeiter erklärten sich solidarisch und wurde  
der Montag der Brot gegeben. Obgleich gewisse Mutth am Sonntag  
in im Gladbach-Meier war, hoffte nun von einer Maßregelung  
nichts gründl. weil eben keine vorlag. Dienstag wurde nun  
gewisse Mutth und Mutens eine Deputation gesetzt. Diesen  
den 18. Februar gelangte, die Bauhilfsarbeiter zu überzeugen,

daß sie im Unrecht seien und würden die Differenzen am Mittwoch gelegt. Nun aber das Schönste. Obgleich wie Genosse Eggerath vom soz. Stoffkuratorverband selbst erklärte, daß die Baulhilfssoz. im Unrecht wären, erklärten sich seine Genossen solidarisch und ebenfalls die Arbeit niedert, ohne auch unseren Kollegen nur ein Wort zu sagen. Genosse Eggerath erklärte: Wir müssen das, weil wir ebenfalls zur freien Gewerkschaft gehören! ? Sestandlich haben unsere Kollegen das nicht mitgemacht, weil erstens nicht mal für nötig hielten, dieselben davon zu informieren, und zweitens eine ungerechte Sache vorlag, wozu niemals unsere Hand hergehoben werden. Die „Genossen“ haben dann 2 Tage wieder den Taurossagang gemacht. Es sind schon Auseinandersetzungen, wie Streikbrecher und Bergleichen laut geworden, daß man sich nicht wundern braucht, wenn hier gewisse Elemente wieder einen Streikbruch der Christlichen herauszuschmieden wollen. Unsere Kollegen haben ganz recht gehandelt, solch ein rotes Kapitel in den Gewerkschaften muß ihnen viel zu albern sein).

**Ibbenbüren.** Am Sonntag den 11. Februar fand hier von unsren Bezirksvorsitzenden einberufene und geleitete öffentliche Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Die Ausführungen des Kollegen Werner Bochum über die Notwendigkeit der Organisation wurden großzügig aufgenommen. Nach kurzer Diskussion wurde, vom 47 Kollegen ihren Beitritt erklärt, zur Gründung der Stelle übergegangen und ein provvisorischer Vorstand gewählt. Schlusswort beleuchtete Kollege Werner noch insbesondere den Arbeiterschutz und ermahnte die Kollegen treue Mitglieder des Bandes zu sein um diesbezüglich bessere Verhältnisse schaffen zu können. Geschäftlich wurde noch mitgeteilt, daß die nächste Mitgliederversammlung Umstände halber erst am 4. März stattfinden. Danach Schluß der mit gutem Erfolg getroffenen Versammlung durch ein Hoch auf den Zentralverband christlicher Handwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

N.B. Zumal in Ibbenbüren noch schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorherrschend sind, ist es mit Freuden zu begrüßen, daß der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Baufacharbeiter auch hier mit der Agitation eingesetzt hat. Mögen die dortigen Kollegen als Mitglieder des genannten Verbandes, aber auch ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, indem sie alle Forderungen, welche der Verband an seine Mitglieder ergehen, ehrlich und gewissenhaft nachkommen und die noch fernstehenden Kollegen, welche von der Notwendigkeit der Organisation noch überzeugt sind, durch unermüdliche Aussklärung für dieselbe zu gewinnen suchen. Dann wird nach guter Aussaat reiche Ernte gewiß keine schlechte sein.

## Sozialgesetzgebung.

Eine wichtige Entscheidung für Steinarbeiter traf die „Gewerkschaftsstimme“ berichtet, der Strafsezenat des Kölner Oberlandesgerichts in Sachen Bundesratsverordnung für Steinbrüche und Steinmetz in Püttlingen hatte die Arbeitszeit für Steinmetze in Steinbrüchen und Steinmetz in Püttlingen auf den ganzen Tag festgesetzt. Der Steinmetz, wenn sie nicht den ganzen Tag in der Steinbrüche arbeitete, sondern teilweise auf dem Friedhof beim Ausstellen der Gräber oder in anderen Betrieben beschäftigt waren, in der Weise geregelt, daß neun Steinmetzarbeiten gleich elf Stunden sonstiger Arbeit entsprachen, sodass ein Arbeiter, der nur einen Teil des Tages in der Steinbrüche beschäftigt war, mehr als neun Stunden den Tag arbeiten sollte. Die Behörde erblieb in dieser Regelung der Arbeitszeit eine Verletzung gegen die Bundesratsvorschriften vom 20. März 1902, die Paragraphen 120 e und 174,4 der Gewerbeordnung. Wohl als Schöffengericht den Angeklagten verurteilte, erkannte die Kammer des Landgerichts zu Saarbrücken auf Freisprechung. Achtet die von dem Angeklagten getroffene Arbeitsregelung für ungültig, weil nach § 9 Absatz 2 der Bundesratsverordnung eine 12-stündige dauernde Arbeitszeit nur für solche Arbeiter verfügt, die in Steinbrüchen und Steinmetzereien, also nicht außerhalb derselben beschäftigt werden. Der Strafsezenat des Kölner Oberlandesgerichts hob das Urteil auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Die am Wortlauten bestehende Misslegung der Strafklamme entsprach dem Sinne der Bundesratsverordnung, weil die Regelung dahin gehe, die Arbeitszeit der in Steinbrüchen und Steinmetzereien beschäftigten Arbeiter wegen der mit dieser Beschäftigung verbundenen Anstrengungen und Gesundheitsschädigungen im allgemeinen auf ein bestimmtes tägliches Maß zu beschränken und daran anzunehmen ist, dass durch die Bestimmung des § 9 Absatz 2 die Dauer der Beschäftigung von Steinmetzarbeitern überhaupt h. auch für den Fall, dass sie einen Teil des Tages ausserhalb ihrer gewöhnlichen Betriebsstätte mit anderen Arbeiten befasst werden, auf neun Stunden beschränkt werden soll.

Die Landesversicherungsanstalt in Bösen hat sich nach 5½ Monaten auf eine Anzeige unsererseits, wie in Nr. B. v. S. schon berichtet wurde, geneigt gesehen, diesem folgen zu teilen:

Zum Schreiben vom 31. August 1905.  
„Die Einziehung rücksändiger Beiträge von dem Unternehmer Dabinski zu Gostyn für Joseph Wieczorek Gen. ist zurzeit nicht möglich, da Dabinski mittellos ist.“  
J. A.: Gibt  
Wir müssen unsere Bewunderung aussprechen über das schuldige prompte Arbeiten dieser Reichsbehörde. Nach 5 1/2 Monaten hat man einen Arbeitgeber, welcher auf eine Anzeige verdächtigt war, eine staatliche Einrichtung hintergangen, betrügerischer Weise benachteiligt zu haben, der sich ferner zum Teil seiner Arbeiter, deren Vermögen und gesetzlichen Rechten in strafbarer Weise vergangen hat, daraus hin kontrolliert feststellen müssen, daß besagter Arbeitgeber zurzeit mittellos ist. Wahrlich, nicht anerkennenswert für eine Reichsbehörde! denn unmöglich gewesen, auf die Anzeige, welche am 31. August erfolgte, noch im September oder Oktober v. J. die Untersuchungen, als der Arbeitgeber noch seinen Betrieb voll ausge hatte und noch mehrere Arbeiter beschäftigte? Wir sind überzeugt, daß zu jener Zeit der betr. Arbeitgeber nicht mittellos war, daß er nicht die Beiträge zur Versicherung bezahnte. Es zeigt sich hier aber wieder, daß durch die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Behörde große Summen an Beiträgen der Bundesversicherung entgehen. Was das Schreiben der Landesversicherungsanstalt betrifft, so ist dessen latentes Kürze auffallend. Wäre es nicht mit auf die geschädigten Arbeiter notwendig gewesen mitzuteilen, was dieser Sache weiter geschehen soll, oder soll der betr. Unternehmer straffrei ausgehen? Bald sieht es so aus. Die geschädigten Arbeiter haben ein Recht zu wissen, welche Strafe der Unternehmer erwirkt hat. Das Gesetz besagt wohl, daß derjenige mit 300

trast werden kann, der für die von ihm beschäftigten versicherten  
dichten Arbeiter Märkte in vorschriftsmäßiger Weise n  
icht zeitig verwendet. Von einem mittellosen Arbeit  
er aber 300 M. Geldstrafe erst recht nicht einzuholen, und  
en solche Betrüger straflos aus. Doch hält in diesem F  
alle der Staatsanwalt seine Kunst beweisen. Sollte es mög  
lich sein, Dabinetti strafrechtlich zu verfolgen wegen Mi  
tagung fremder Gelder? Denn dieser hat den Arbeitern vor  
hne Abzug gemacht, wobei die Arbeiter annahmen, daß S  
enmarken dafür gelebt werden. Dieses ist nicht geschehen, som  
it Dabinetti hat das Geld für sich verwendet und eine regel  
re Mißlagentur am fremden Eigentum ausgeführt. Die Gelehrte  
er bitten wir, möglichst bald das Gesetz in diesem Punkte zu  
ändern, daß solche Arbeitgeber wie Dabinetti mit Frei  
sen belegt werden können. Arbeitgeber wie Dabinetti gibt  
e große Zahl, besonders bei der Landwirtschaft wo die Viele  
Arbeiterrinnen noch weniger geschult sind und fahrgärtner  
Arbeiter in Arbeit lieben, während dieser Zeit über keine  
Abrechnung zu seinem Belieben.